Zum Kampf in den DGB-Gewerkschaften Seite 4

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 4 vom 26. Januar 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Mannesmann- Arbeitsgerichtsprozess

Anschlag auf das Streikrecht

Vor dem Arbeitsgericht in Duisburg: Kollegen demonstrieren ihre Solidarität mit den 22 Mannesmann-Arbeitern, die von den Mannesmann-Bossen nach einem spontanen Streik im Huckinger Werk gefeuert worden waren. Für 6 von ihnen steht die Verhandlung ihrer Klage gegen die Mannesmann-Bosse auf Wiedereinstellung an. In den Seitenstraßen mehrere Einsatzfahrzeuge der Bereitschaftspolizei. Politische Polizei hat gleich rudelweise Posten bezogen. Vor dem Flur des Verhandlungssaales, in dem ganze 25 Zuschauer Platz finden, drängen sich die Kollegen. Die Polizei droht die gewaltsame Räumung an. Der ursprünglich für 11 Uhr angesetzte Termin wird auf 12.30 Uhr verschoben, so daß die Kollegen der Mittagsschicht noch vor Verhandlungsbeginn aufbrechen müssen. Was so unter allen Umständen vor den Kollegen verborgen werden soll, ist das gemeinsame Bemühen von Klassenjustiz und IG Metall-Führung, spontane Streiks der Arbeiter zu illegalisieren, der Arbeiterklasse das Streikrecht zu rauben.



Mannesmann Huckingen — eine kampfstarke Belegschaft

Die IG Metall-Bonzen hatten den Streik der Mannesmann-Kollegen nach Strich und Faden verraten. Mancher Kollege mag sich gedacht haben, jetzt treten sie wenigstens für die Entlassenen ein. Wie dieses "Eintreten" für die Entlassenen aussieht, das demonstrierte diese Arbeitsgerichtsverhandlung in aller Deutlichkeit. Die Vertretung der Kollegen durch die Anwälte der IG Metall sah so aus, daß die IG Metall hauptsächlich bemüht war, zu beweisen, diese Kollegen hätten sich gar nicht am Streik beteiligt, sondern hätten nur wegen des durch den allgemeinen Streik hervorgerufenen Materialmangels nicht arbeiten können. So erkannte das Arbeitsgericht zwei Kollegen, das Recht auf Wiedereinstellung wegen Nichtbeteiligung am Streik zu.

In einem anderen Fall trug die IG Metall vor, der Kollege sei langjähriger Werksangehöriger und die Entlassung sei deshalb ungerechtfertigt. Eine andere Argumentation lief darauf hinaus, die Streikbeteiligung als Kurzschlußhandlung zu diffamieren.

Diese Argumentation der IG Metall-Führung ist nicht nur eine Beleidigung für die Kollegen von Mannesmann, sondern sie stellt vor allen Dingen einen offenen Angriff auf das Streikrecht dar.

Jedes dieser Argumente, die von den IG Metall-Anwälten vorgebracht wurden, geht davon aus, daß spontane Streiks illegal sind.

Nicht nur, daß die IG Metall-Führung kein Wort zur Verteidigung unseres Streikrechts findet, sie schreckt nicht einmal davor zurück, in Zusammenarbeit mit der Klassenjustiz spontane Streiks für ungesetzlich zu erklären.

Fast versteht es sich von selbst, daß bei diesem Versuch, ein schwer erkämpftes Recht der Arbeiterklasse zu liquidieren, die D'K'P-Revisionisten nicht fehlen dürfen. Gemeinsam mit der Clique um den Betriebsratsvorsitzenden Knapp hatte die D'K'P den Streik der Mannesmann-Kollegen abgewiegelt und verraten. Jetzt stoßen die modernen Revisionisten ins gleiche Horn wie Mannesmann-Bosse, IG Metall-Bonzen und Klassenjustiz: in dem Extrablatt ihrer Betriebszeitung "Roter Punkt" bei Mannesmann tönen sie zwar von "skandalösen Urteilen" und protestieren "schärfstens gegen dieses Zusammenspiel von Justiz und Industrie", aber von der Notwendigkeit, das Streikrecht zu verteidigen, ist auch bei ihnen nichts zu lesen.

Aber auch der Flankenschutz der D'K'P-Revisionisten wird nicht verhindern können, daß trotz des gemeinsam von Kapital, Staat und DGB-Apparat unternommenen Versuches, das Streikrecht zu liquidieren, die Arbeiterklasse sich in den kommenden Kämpfen eben dieses Streikrecht nehmen wird.

BRECHT DEN TARIFFRIEDEN!

HÄNDE WEG VOM STREIKRECHT!

Mordversuche an politischen Gefangenen

Noch immer liegt Katharina Hammerschmidt, die wegen angeblicher Unterstützung der RAF monatelang in Untersuchungshaft saß, in einem Westberliner Krankenhaus. Ob sie überleben wird, ist nicht sicher. Denn die Justizbehörden hatten der an Krebs erkrankten Genossin monatelang jede ärztliche Hilfe verweigert - so lange, bis die Geschwulst auf die Größe eines Kinderkopfes angewachsen war und nicht mehr operiert werden konnte.

Bereits im August 1973 stellten Gefängnisärzte durch Röntgenaufnahmen Schatten auf der Lunge von Genossin Katharina fest. Im September stellten sich Schluck- und Atembeschwerden ein. Katharina forderte ärztliche Hilfe - aber die Gefängnisärzte fanden angeblich nichts. Hals und Gesicht der Kranken schwollen an. Trotzdem erklärten die Justizbeamtinnen zynisch: Sie sind ganz gesund! Katharina Hammerschmidt trat in einen Hungerstreik, um medizinische Behandlung zu erzwingen. Kommentar der Wächterinnen: "Das Hungern bekommt Ihnen aber gut, Sie werden ja immer voller im Gesicht!" Eine Untersuchung wurde weiter verweigert. Erst zwei Monate, nachdem Katharina Hammerschmidt zum erstenmal nach einem Arzt verlangt hatte, wurde ihrem Rechtsanwalt gestattet, einen Arzt zur Untersuchung mit ins Gefängnis zu bringen. Er stellte einen Tumor fest.

Weitere zwei Wochen vergingen, ehe die Kranke, deren Hals inzwischen so dick wie ihr Kopf angeschwollen war, deren Brustvenen sich fingerdick nach außen wölbten, die inzwischen kaum noch sprechen konnte, in ein Krankenhaus zur Untersuchung eingeliefert wurde. Um einen "Fluchtversuch" der Schwerkranken zu verhindern, wurde sie mit Maschinenpistolen bewacht. Aber noch immer gab es keine ärztliche Behandlung. In den nächsten Tagen erlitt Katharina Hammerschmidt schwere Erstikkungsanfälle. Nach den Aussagen von Katharinas Rechtsanwalt erklärte der Gefängnisarzt dazu: "Wir haben Anweisung, bei der Hammerschmidt wird nichts gemacht, bei der können wir nichts mehr machen". Die Vollzugsbeamtin rief daraufhin eine Bereitschaftsärztin der Vollzugsanstalt an, die sich zunächst sträubte, Frau Hammerschmidt aufzusuchen, und fragte, ob sie schon "pfeife". Nachdem die Vollzugsbeamtin geantwortet hatte, "Ja, sie pfeift, aber nicht mehr lange", ließ sich die Ärztin herbei, doch zu kommen und verabreichte Frau Hammerschmidt mehrere Spritzen".

Erst zwei Tage nach diesen Ereignissen wurde auf Druck der Öffentlichkeit der Haftbefehl gegen Genossin Katharina außer Kraft gesetzt. Sie konnte in ein Krankenhaus eingeliefert werden - zu spät! Das Krebsgeschwulst war inzwischen so groß geworden, daß eine Operation nicht mehr möglich war. Mit Bestrahlungen versuchen die Ärzte, das Leben der Genossin zu retten.

Was hier geschah, ist nichts anderes als ein Mordversuch an einer politischen Gefangenen. Und es ist nicht der erste! Isolationshaft, die die Gefangenen zum Wahnsinn treiben soll - Ulrike Meinhoff und Astrid Proll wurden monatelang in Isolierzellen gesperrt, in denen sie nicht einmal das Geräusch der sich schließenden Tür hören konnten - Quälereien durch die Gefängnisbeamten, das ist den Schergen der Klassenjustiz nicht genug. Systematisch wird auch die Gesundheit der Häftlinge ruiniert, werden sie krank gefoltert:

- Andreas Baader wurde während seines Hungerstreiks das Wasser entzogen. Er erlitt eine schwere Nierenschädigung.

- Während des gleichen Hungerstreiks wurde er von einem ehemaligen SS-Arzt zwangsernährt. Obwohl er mehrmals um einen Löffel bat, um essen zu können, führte ihm dieser Folterknecht einen fingerdicken Schlauch gewaltsam in den Schlund ein, sodaß die Speiseröhre verletzt wurde.

- Astrid Proll wurde mit Äther narkotisiert, weil sie sich weigerte, Fingerabdrücke machen zu lassen - und das, obwohl die Äthernarkose wegen ihrer Gefährlichkeit in der Medizin nicht mehr angewandt wird.

- Manfred Grasshoff wurde trotz lebensgefährlicher Kopf- und Lungenschußwunden aus dem Krankenhaus in eine Sicherheitszelle verlegt, wo eine angemessene ärztliche Versorgung gar nicht möglich ist.

Folter und Mordversuche - das sind keine Grausamkeiten, die irgendwo, fern von unserer "freiheitlich-demokratischen Gesellschaft", in Spanien oder der Türkei begangen werden, sie ereignen sich täglich in den Gefängnissen der DBR. Allein in der Kölner "Glocke" starben in den letzten Jahren vier Gefangene.

Das Komitee gegen Isolationsfolter und die "Roten Hilfen" haben das Verbrechen an Katharina Hammerschmidt inzwischen soweit verbreitet, daß auch die bürgerliche Presse nicht mehr schweigen kann. Die Klassenjustiz jedoch schützt ihre Schergen. Kommentar des leitenden Medizinalbeamten des Senators für Justiz, Dr. Meitzner, zu diesem Mordversuch im Gefängnis: "Die Vorwürfe sind doch Unsinn, das hört sich an wie ein Märchen. Zu derartig primitiven, geradezu bösartigen Äußerungen kann ich überhaupt nicht Stellung nehmen".

Katharina Hammerschmidt hat inzwischen Strafanzeige gegen die Verantwortlichen im Lehrter Gefängnis erstattet. 92 Mitglieder einer Studium-Generale-Veranstaltung an der Universität Heidelberg stellten ebenfalls Strafantrag wegen "Versuchtem Mord". Das ist ebenfalls ein Zeichen dafür, daß die Solidarität mit den politischen Häftlingen in der DBR anwächst.

NIEDER MIT DEN FOLTERMETHODEN DER WESTDEUTSCHEN KLASSENJUSTIZ!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Iranische Truppen raus aus Oman !

Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Oman und Dhofar !

Seit dem 20. Dezember führt der reaktionäre Sultan von Oman mit Unterstützung von großen iranischen Truppenverbänden und britischen Söldnertruppen eine breite militärische Kampagne gegen das befreite Gebiet im Süden Omans, gegen die befreite Provinz Dhofar. Sultan Quabus ist dabei auf die Unterstützung iranischer Truppen angewiesen, da das Volk Omans sich weigert, gegen die Schwestern und Brüder im Süden die Waffen zu erheben.

Bereits seit einigen Jahren ist der Schah von Persien zum Wächter der imperialistischen Interessen am arabischen Golf geworden.

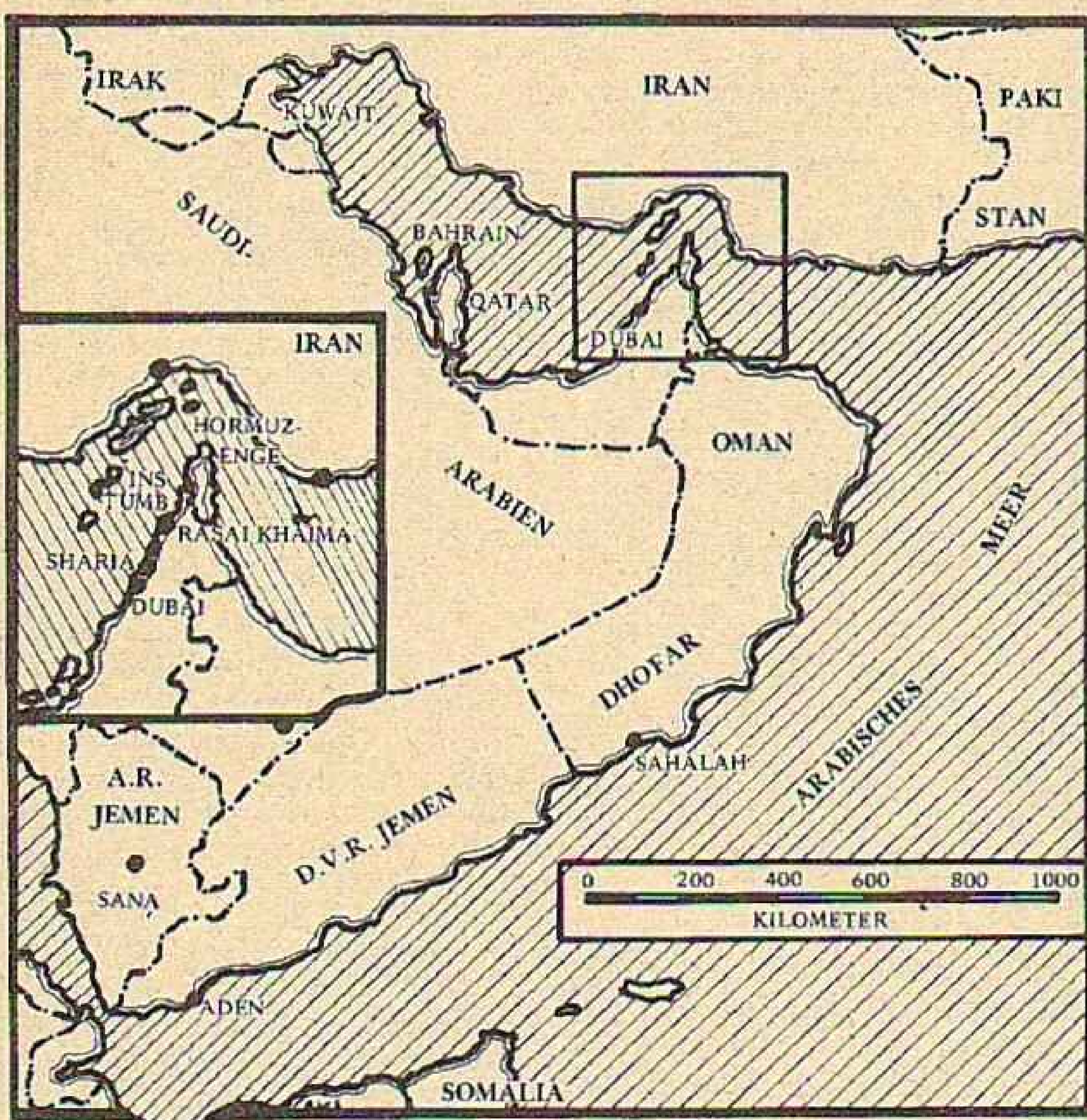
Für die imperialistischen Mächte hat die arabische Halbinsel große Bedeutung: Hier lagern über 60 % der Erdölvorräte der Welt. Zugleich besteht dort ein wichtiger Absatzmarkt für Industriegüter. Und nicht zuletzt hat die Herrschaft über dieses Gebiet große militärische Bedeutung; denn die Kontrolle über die Hormuz-Enge, durch die 80 % des am Golf geförderten Öls transportiert werden, ist ein wichtiger Machtfaktor.

Heute hat dort der US-Imperialismus die Macht, doch die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen immer mehr dort einzudringen, um dem US-Imperialismus die Vorherrschaft abzujagen. Während die Imperialisten immer schärfer um ihre Beute in diesem Gebiet rivalisieren, sind sie sich jedoch darin einig, die Völker der arabischen Halbinsel weiterhin zu bestehlen, auszubeuten und zu knechten.

Wie die beiden Supermächte sich im nahen Osten Israel zum Kettenhund gegen die arabischen Völker gemacht haben, so suchten die US-Imperialisten sich auch am arabischen Golf einen Wächter. Die Wahl fiel auf den Schah von Persien. Zum einen, weil der Schah nur durch einen Putsch des CIA an die Macht gekommen war, zum anderen, weil diese Abhängigkeit noch durch den wachsenden wirtschaftlichen Einfluß der US-Imperialisten in Persien verstärkt wird.

Mit modernsten amerikanischen Waffen ausgerüstet hat der Schah im Laufe der letzten Jahre die iranische Küste am Golf in ein dichtes System von Militärbasen verwandelt. Von diesen Basen aus unterstützt er auch die verschiedenen Marionettenregimes der Imperialisten am arabischen Golf gegen die Völker, die sich immer mehr zum Kampf gegen Imperialismus und arabische Reaktion erheben. Von den Tumb-Inseln, die der Schah 1971 besetzte, bombardieren iranische Bomber gemeinsam mit britischen das befreite Gebiet in Oman, die Provinz Dhofar. Tausende iranische Soldaten sind seit längerem bereits im Einsatz gegen die Volksbefreiungsarmee. Doch sie konnten nichts ausrichten gegen die Macht des Volkes. Auch der jetzige große Einfall iranischer Truppen in Oman wird das Volk Omans nicht auf die Knie zwingen, sondern zum verstärkten Widerstand gegen Imperialismus und den reaktionären Herrscher Quabus führen.

In einem Aufruf der PFLOAC (Volksfront zur Befreiung Omans und des arabischen Golfes) heißt es: "Wir fordern alle sozialistischen Länder und fortschrittlichen Organisationen und Länder in der Welt auf, dieser Invasion entgegenzutreten und unser Volk in seinem heroischen Widerstandkampf gegen die Eindringlinge zu unterstützen".



Berichtigung

Im ROTEN MORGEN 1/74 vom 5. Januar wurde ein Artikel aus dem "Roten Marder", einer Soldatenzeitung der Partei, abgedruckt. Dabei wurde fälschlicherweise angegeben, der "Rote Marder" erscheine in Marburg. Richtig ist, daß der "Rote Marder" die Soldatenzeitung für den Standort Hamburg ist.

Bundeswehr:

Unterdrückung und Schleiferei

Korrespondenz. Wer einmal in der Bundeswehr gedient hat, weiß wie brutal dort die Unterdrückung und Schleiferei ist. So wieder einmal heute bei der ABC-Ausbildung im Gelände.

Zuerst Marsch in voller Wintermontur mit ABC-Maske und Stahlhelm. In scharfem Tempo durch den Wald, dauernde Hetzkomandos der Uffze. Ein schwächerer Kamerad wird getrieben, bis er zusammenbricht. Ein anderer wird unter Drohungen mit dem Bau vom Leutnant gezwungen, die Gasmaske zu tragen, obwohl er kaum noch sehen kann. Dann treiben sie die Kameraden mit der Maske im Laufschritt den Berg hoch, zwischendrin mehrere Male "ABC-Alarm" und "Entwarnung";

Von oben auf dem Berg sehen wir mit Empörung und Haß an, was die Ausbilder eines Versorgungsbatallions mit den neuen Rekruten machen; sie zwingen sie, immer wieder mit "Deckung" und "Stellung" in den wadentiefen schlammigen Lehmboden. Ein Ausbilder treibt zehn Kameraden in voller Montur mit Sturmgepäck und Gewehr durch knietiefe Pfützen. Er zwingt sie, auf dem Bauch durch die tiefen Pfützen zu kriechen. hetzt sie gleich darauf im Laufschritt den Berg herunter.

Unter den meisten Kameraden brach offener Haß aus: "Dreckschweine, die Ausbilder - Sauerei - "Den StUffz würde ich gern in die Pfütze drücken und ihn daraus trinken lassen!" hörte ich überall.

Das ist der wahre Charakter der Bundeswehr, des westdeutschen Imperialismus: aggressiv, kriegsgierig menschenmißachtend. Der spontane Kampf der Kameraden, die das erleben, nimmt einen Aufschwung. Überall wird passiver Widerstand, Boykott, geübt. Es gibt immer mehr Fahnenflucht, Befehlsverweigerung. Jetzt brauchen die Kameraden die Kommunisten, die sie zum aktiven Kampf gegen die Bundeswehr führen, die ihnen Mut einflößen und zeigen, daß das Proletariat den Imperialismus stürzen wird. Die Kommunisten sind es, die die Soldaten an der Seite der Arbeiterklasse für die Revolution, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats organisieren werden.

Bundeswehr - Bürgerkriegsheer

Korrespondenz. Vor kurzem machte unsere Einheit bei einer Bürgerkriegsübung mit. Wir wurden zum Beispiel als Demonstranten mit antimilitaristischen Losungen vor ein Kasernentor geschickt. Wir sollten dort die aufgebrachte Bevölkerung darstellen und das Tor stürmen. Wie die Militaristen mit dem Volk umgehen wollen, zeigte sich an einem Zwischenfall:

Die eingeteilten Wachen - normale Soldaten wie wir - versuchten halt uns zurückzudrängen und das Tor zuzuhalten. Das paßte den Militaristen nicht ins Konzept. Den Wachen wurde befohlen, sich in einem Abstand vom Tor zurückzuziehen und das Gewehr in Anschlag zu bringen. Als wir versuchten, das Tor zu stürmen, mußten sie (mit Übungsmunition) sofort schießen.

Dann wurde noch geprobt, wie bei einem Sitzstreik zu verfahren ist. Wir saßen vor dem Tor. Die eingeteilten Wachen mußten uns einen nach dem anderen wegschleifen, während gleichzeitig langsam ein Lastwagen vorfuhr.

Außerdem wurden Stoßtrupps eingesetzt, die in die Kaserne einzudringen hatten und dort (übungsweise) Objekte sprengen sollten. Die Soldaten der Kaserne lagen in Alarmbereitschaft in Gräben und sollten die Eindringlinge aufstöbern.

Diese Übung zeigt ganz klar den volksfeindlichen Charakter der Bundeswehr. Soldaten sollen auf ihre Klassenbrüder schießen, wenn es den Kapitalisten und Militaristen an den Kragen geht. Wir Soldaten und besonders die Kommunisten müssen ständig die Losung verbreiten ; Im Ernstfall - die Gewehre umdrehen !

Frankfurter Polizeipräsident: "...zwecklos"!

Bei der Demonstration der CISNU gegen 7 Todesurteile im Iran, die am 12.1. in Frankfurt stattfand, erlitt die Polizei eine schmähliche Niederlage. (Der ROTE MORGEN berichtete in der letzten Nummer). Die Sympathie der Bevölkerung für die Demonstranten, ihr Zorn über das brutale Vorgehen der Polizei war so groß, daß selbst der Frankfurter Polizeipräsident gezwungen war, von einer "relativen Niederlage" zu sprechen: Demonstrationsverbote für den Fußgängerbereich im Zentrum der Stadt sind nicht mehr sinnvoll, da sie mit Polizeimethoden nicht durchgesetzt werden können." Das zeigt, daß die Bourgeoisie sehr gut weiß, daß sie machtlos ist, wenn sie den Massen gegenübersteht, wenn Revolutionäre sich im Volk bewegen wie Fische im Wasser - sei es auch nur auf einer Demonstration.

Ob wir dem Herrn Polizeipräsidenten allerdings abnehmen, er werde im Fußgängerbereich nicht mehr prügeln lassen, das ist eine andere Frage. Noch nie hat die Bourgeoisie aus Mitleid auf die Anwendung reaktionärer Gewalt verzichtet, wenn sie ihre Interessen gefährdet sah. Ganz sicher wird diese Niederlage der Polizei nur dazu führen, daß man im Frankfurter Polizeipräsidium Pläne schmiedet, wie Demonstrationen in Zukunft auf geschicktere Weise verhindert werden können.

Fernmeldespezialisten der Bundespost im Einsatz für israelische Aggressoren

In Köln wurden 24 Fernmeldespezialisten der Bundespost "beurlaubt", damit sie nach Israel gehen und dort die israelischen Zionisten unterstützen bei ihren Verbrechen gegen die arabischen Völker. Organisiert wurde dies von dem Postgewerkschaftfunktionär G. Ferdinand, der zu den israelischen Zionisten enge Beziehungen hält.

Um den Charakter dieser Unterstützungsarbeit zu verdecken, spricht Ferdinand von rein ziviler Tätigkeit der Fernmeldetruppe - sie verlegt bei Tel-Aviv Fernmeldekabel. Aber ebenso wie die sowjetischen Sozialimperialisten die israelische Aggression mit der Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel unterstützt, tun dies die westdeutschen Imperialisten unter anderem mit dieser Fernmeldetruppe: Denn jeder Mann, der in Israel durch ausländische Unterstützung an seinem Arbeitsplatz ersetzt werden kann, wird an die Front gegen die arabischen Völker geschickt. Aus keinem anderen Grund bemühen sich die Zionisten durch Anzeigenkampagnen und Zeitungsartikeln in der westdeut schen Imperialistenpresse Freiwillige zu sammeln, die sich den israelischen Aggressoren zur Verfügung stellen.

Daß die Zionisten ausländische Freiwillige nach Israel holen, zeigt, daß sie auch jetzt, wo sie von friedlichen Lösungen reden nicht im geringsten daran denken, ihre aggressive Politik aufzugeben und die besetzten arabischen Gebiete zu räumen. Vielmehr rüsten sie mit allen Mittlen auf, um mit Unterstützung der beiden Supermächte und in ihrem Interesse weiterhin gegen die arabischen Völker vorzugehen.

Die Unterstützung der zionistischen Aggression durch Fernmeldespezialisten der Bundespost beweist, daß die westdeutschen Imperialisten weiterhin auf die Karte der Unterdrückung und Erpressung der arabischen Länder setzen, Gewerkschaftsbonzen wie G. Ferdinant sind die besten Verbündeten der westdeutschen Imperialisten.

Schluß mit der Unterstützung der zionistischen Aggression durch die Bundesregierung !

Beachte die neue Anschrift

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund-Hörde. Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde. Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

"Genscher heisst er, uns bescheisst er."

Die Kollegen vom "öffentlichen Dienst" im Kampf gegen das Lohndiktat: Warnstreiks und Demonstrationen. Über 5.000 Postler demonstrierten in Frankfurt und Darmstadt gegen Genschers provokatorisches 7,5 %-Angebot. Die ÖTV-Führung fordert 15 %, mindestens 185,00 DM für jeden Kollegen und 300,00 DM mehr Urlaubsgeld. Die Forderungen, die auf Mitglieder- und Belegschaftsversammlungen von den Kollegen aufgestellt worden sind, lagen wesentlich höher. Noch führen sich die ÖTV-Führer als 'radikale Kämpfer' auf, in Wirklichkeit basteln sie bereits fleißig am Tarifbetrug mit: So verkündete Postgewerkschaftsboß Breit, die "Gewerkschaft beachte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten".

Aber die Kollegen haben in vielen Städten bereits Kampfmaßnahmen gefordert bzw. angekündigt, nicht nur die Postler, sondern auch die Müll- und Transportarbeiter, sowie die Kollegen in den Krankenhäusern.



Demonstration Frankfurter Postler

Solidaritäts telegramm

Wir Kollegen des Postamtes 7477 in Tailfingen erklären uns mit dem Kampf unserer Kollegen in Frankfurt und Darmstadt solidarisch. Besonders begrüßen wir die Aktion der Frankfurter Kollegen vom 18. Januar. Die Forderungen der Kollegen sind völlig berechtigt und werden von uns unterstützt. Das Lohnangebot der Regierung für den öffentlichen Dienst ist unverschämt und bedeutet in Wirklichkeit Lohnraub. Bei den ständig steigenden Lebenshaltungskosten ist dies ein weiterer Angriff auf die Arbeiter und die Werktätigen, den wir entschlossen bekämpfen müssen. Die Frankfurter Kollegen sind im Kampf vorangegangen. Wir fordern auf das Entschiedenste, daß jede politische Unterdrückung der kämpferischen Frankfurter Kollegen unterbleibt. Wir müssen uns im Kampf gegen unseren Arbeitgeber, den Staat, fest zusammenschließen und keinen Angriff von Seiten des Staates und seiner Handlanger zurückweichen.

KAMPF GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

11 Kollegen des Postamtes 7477 Tailfingen



Arbeiterkorrespondenz

Leserbrief aus einem kleinen Handwerksbetrieb

Ich bin Lehrling in einer KFZ-Werkstatt. Vor kurzem hat die Geschäftsleitung befohlen, daß Gesellen mit einem Lehrling im 2. und 3. Lehrjahr 30 % vom Gehalt abgeben müssen (weil sie durchschnittlich 20 - 30 % durch den Lehrling mehr verdienen). Aber was heißt das für die Gesellen? Sie müssen uns nun voll heranziehen, damit sie noch 20 - 30 % mehr als vorher schaffen, weil sie, wenn sie es nicht tun, mit 7 - 800 DM, statt vorher 1.000 DM nach Hause gehen müssen. Aber was heißt das für uns Lehrlinge? Wir sind nun voll in den Akkord eingeschaltet, obwohl das für Lehrlinge verboten ist. Und unsere Ausbildung? Die wird total in den Hintergrund geschoben.

Als wir das der Geschäftsleitung sagten, hat sie uns einen Tag im Monat gegeben, wo wir dann ein bißchen Theorie und Praxis als Entschädigung für die nicht genügende Ausbildung machen. Dieser Tag fällt jetzt auch weg, da der Meister, der das gemacht hat, dazu bewegt wurde, zu kündigen.

Nach einigen Tagen hatten die meisten Gesellen aber die Nase voll, weil wir zusammen die 20 - 30 % nicht schafften und schickten uns weg. Nun sollen wir Lehrlinge im 3. ~~Lehrlinge im~~ 3. [Lehrjahr alleine arbeiten]. Und die Lehrlinge im 3. Lehrjahr bekommen Arbeit, die mit ihrer Ausbildung überhaupt nichts zu tun hat, z.B. Kompressoren reparieren, Neonröhren auswechseln usw. Wenn Lehrlinge Arbeit wie Wände putzen ablehnen, wird ihnen mit Rausschmiß gedroht. Und das schüchtert die meisten Lehrlinge ein.

Der Rausschmiß des obengenannten Meisters ist nicht der einzige geblieben. Obwohl wir von der Geschäftsleitung um Verständnis gebeten wurden, für die 50 %ige Kürzung des Weihnachtsgeldes, damit die Arbeitsplätze gesichert wären, müssen 3 weitere Kollegen gehen. Durch diese Kürzung bekamen wir Lehrlinge 12,50 DM Weihnachtsgeld. Diese Rausschmisse entschuldigte die Geschäftsleitung mit der sogenannten Energiekrise und damit, daß im Moment nicht allzuviel zu tun sei, obwohl das mit dem zuwenig zu tun, gar nicht stimmt, wir haben in letzter Zeit immer bis Feierabend voll zu tun gehabt.

Daran zeigt sich wieder einmal, daß die Bosse die Krise auf uns abwälzen wollen. Das wird solange bleiben, solange es den Kapitalismus gibt! Deshalb kämpfen wir gemeinsam für die Abschaffung des Kapitalismus, für die Revolution. Organisiert euch in der ROTEN GARDE!

(gekürzt)

(Aus: Kämpfende Jugend, Zeitung der Roten Garde für Kieler Berufsschulen.)

Erfolg bei KLÖCKNER

Auf der Betriebsversammlung bei Klöckner in Bremen Anfang Dezember letzten Jahres ging ein jüngerer Kollege nach vorn und stellte gegen das "Wir sitzen alle in einem Boot"-Gerede der Kapitalisten und die Demagogie der D"K"P-Revisionisten einige Forderungen der Kollegen klar. Unter anderem sagte der Kollege: "Arbeitsdirektor Sporbeck empfiehlt uns angesichts der 'Ölkrise' mehr mit den Werksbussen zu fahren. Das empfehlen wir ihm auch, denn dann würde er sehen, wie voll die sind, das man kaum noch stehen kann. Wir brauchen mehr Werksbusse! Außerdem stellte der Kollege klar, daß die Kollegen nicht daran denken, an den Feiertagen bis in die Nacht zu arbeiten".

Das mutige Auftreten des Kollegen und die starke Unterstützung durch den Beifall der Kollegen brachte Erfolg: Auf den überfüllten Werksbuslinien fahren jetzt morgens 2 Busse und zur Spätschicht Gelenkbusse statt der einfachen. Und Silvester "durften" alle schon um 17.30 Uhr nach Hause gehen statt wie noch auf der Betriebsversammlung angekündigt um 22.00 Uhr. Alle Kollegen haben verstanden, wo diese Änderungen herrühren. Die nächste Betriebsversammlung bei Klöckner wird bestimmt noch kämpferischer.

Gefeuert

WÜRZBURG: Bei Koebau wurde der Jugendvertreter Toni, der sich für die Interessen der Kollegen eingesetzt hatte, entlassen - d.h. die Kapitalisten wendeten die Kniffe des arbeiterfeindlichen BVG an und weigerten sich, ihn nach der Lehre weiter zu beschäftigen. Die IGM, die doch sonst so zetert, wenn Jugendvertreter entlassen werden - vorausgesetzt, sie lassen sich von den IGM-Bonzen einschüchtern und einwickeln - stimmte der Entlassung zu. Auch hier hat der Kampf um eine Wiedereinstellung begonnen.

Gewerkschafts-ausschlüsse

Wir berichteten im ROTEN MORGEN, daß gegen den Lehrling und Jugendvertreter Genosse Franz P. ein Verfahren zum Ausschluß aus der IGM eingeleitet wurde. Inzwischen haben die Münchener IGM-Bonzen die Katze aus dem Sack gelassen. In einem Schreiben an Genossen Franz P. gaben sie offen zu, daß der Gewerkschaftsausschluß deshalb durchgesetzt werden soll, weil Franz P. sich gegen die Abwieglerpolitik der DGB-Funktionäre zur Wehr setzte und weil er die KPD/ML unterstützt. Dabei berufen sie sich offensichtlich auf die Aussage von Spitzeln.

Folgende "gewerkschaftsfeindliche Handlungen" soll Franz P. angeblich begangen haben:

1. In der Betriebszeitung der KPD/ML bei Südbremse/München erschien ein Artikel, der berichtete, wie einer der höchsten Münchner Gewerkschaftsbonzen, Fischer, gegenüber Zeugen gesagt hatte: "Ich werde mich bei den Tarifverhandlungen auch mit 10,8 % zufriedengeben". Informant, so folgert Fischer, kann nur Genosse Franz sein! Weiter soll Genosse Franz Informationen aus der Vertrauensleuteversammlung weitergegeben haben.

2. Wörtlich heißt es im Schreiben der IGM: "Wir sind davon informiert worden, daß Du an einer Kundgebung der KPD/ML in der Gaststätte Max Emanuelbrauerei insoweit teilgenommen hast, als du aktiv als Sprecher aufgetreten bist und dort über Vorgänge der Auszubildenden bei der Fa. Südbremse berichtet hast". - "Vorgänge der Auszubildenden" - so fein drücken sich Gewerkschaftsbonzen aus, wenn sie über die fristlose Entlassung eines kommunistischen Lehrlings sprechen! "Wir sind unterrichtet worden darüber, daß Du als Verteiler von Zeitungen und Zeitschriften der KPD/ML tätig bist und zwar auf folgenden Standplätzen: Fußgängerzone Marienplatz, Einkaufszentrum Olympiagelände, Sendlinger-Tor-Platz".

Woher hat Fischer von der IGM München eigentlich solche Weisheiten? Steht er vielleicht am Olympiaeinkaufszentrum, um sich zu informieren, wer dort Flugblätter verteilt? Hat er einen Blick in die Akten der Politischen Polizei in München geworfen? Oder hat er mit D"K"P-Bonzen geredet, die auch hin und wieder an diesen Plätzen auftauchen, um ihr revisionistisches Gift zu verspritzen? Diese heimlichen Informanten des Gewerkschaftsapparates sollten vielleicht doch aus ihrer Anonymität treten, um die von ihnen betriebene Gesinnungsschnüffelei vor den Kollegen zu vertreten.

HAMBURG: Die Jugendvertreter von HDW sollen aus der IGM ausgeschlossen werden, wenn sie nicht eine Erklärung unterschreiben, daß sie keine Kommunisten sind und sich von Flugblättern der ROTEN GARDE und des "K"BW distanzieren. Diese Jugendvertreter hatten sich alle für den Kampf der Lehrlinge um 600 DM Existenzlohn, für Verbesserung der Ausbildung eingesetzt. Sie hatten sich weder von IGM-Bonzen einschüchtern noch von D"K"P-Revisionisten beschwichtigen lassen, sondern ihre Forderung auch auf dem Ortsjugendausschuß der IGM durchgesetzt. Jetzt sollen sie sich öffentlich von der Sache der Arbeiterklasse lossagen, andernfalls werden sie aus der IGM geworfen. Die ROTE GARDE hat den Kampf gegen diese neuen Ausschlußdrohungen aufgenommen.

Ihr spaltet die Gewerkschaft

Gegen Ende des letzten Jahres erhielt der Kollege R.S. von der IG-Metall Ortsverwaltung Wolfsburg einen Revers, in dem er sich von kommunistischen Organisationen distanzieren sollte. Der Kollege antwortete mit einem offenen Brief, den wir hier auszugsweise abdrucken.

"Lieber Kollege Tyrakowski!

Als ich bei der letzten Mitgliederversammlung zum Vertreter gewählt werden sollte, hast du die Wahl abgewürgt. Mit der Begründung, ich sei Kommunist, hast du das Statut umgangen und mich meiner Rechte als Mitglied beraubt. Ein Kollege bei der Wahl: 'Dann gilt unsere Stimme nichts'.

Du versuchst mit mir einen Gesinnungshandel zu treiben. Warum das? Erinnern wir uns: als ich in einer Notlage und arbeitslos einen Antrag auf § 19 (Unterstützung in Notfällen) stellte, habt ihr nicht solidarisch gehandelt, stattdessen Ausschluß aus der Gewerkschaft. Es ging dir aber nicht um den Rausschmiß (ich wurde wieder aufgenommen), sondern darum, daß ich in der Vertreterversammlung das sagen wollte, was viele Kollegen dir später gesagt haben.

Der Beirat hat nun so einen stinkenden Apfel fallen lassen, den du auf mich werfen willst: den Chaotenerlaß.

Auch das kann euch nicht darüber hinweghelfen, daß du und dein Thronfolger Kaufmann Mauschelbonzen sind. Ihr sträubt euch gegen Kommunisten. Was ist mit der D"K"P? Diese Leute, die sich Kommunisten nennen, machen anstandslos eure Schachzüge gegen die Kollegen mit. Diese Verräter an den Arbeitern sind eure Kumpel. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Wo erklärt ihr die Faschisten, die bereits im Betriebsrat von VW sitzen und ihre Gewerkschaft bereits gegründet haben zu gegnerischen Organisationen?

Du hast erklärt, ein Vollstreik wäre der Untergang der Gewerkschaft. Wo sind denn unsere Gelder hingeflossen? Ihr sagt, ihr habt die Gelder langfristig für uns angelegt. In Wirklichkeit habt ihr die Gelder in der kapitalistischen Wirtschaft so 'gut" angelegt, daß wir Mitglieder beim Streik nichts davon sehen.

Ihr verhandelt mit den Unternehmern mit der Faust auf dem Tisch und reicht ihnen darunter die Hand. Ihr wollt zahlende Mitglieder und die Aktiven schmeißt ihr raus. Ihr wollt die Kollegen in die Enttäuschung und Unorganisiertheit treiben.

Euer Star 'Kollege' Hilbich aus Hannover war ein Meister seines Fachs, er konnte so gut mit der Schnauze kämpfen, daß er Verkaufschef für VW in Südostasien wird. Du hast Drohbriefe an Kollegen verschickt wegen höherer Mitgliedsbeiträge.

Ihr seid verantwortlich für diese Politik. Ihr geht mit den Mitgliedsbeiträgen, von uns sauer verdient, an die Börse. Ihr veruntreut Mitgliedsbeiträge! Laut Satzung steht darauf Ausschluß aus der Gewerkschaft. Ihr seid es, die die Gewerkschaft spalten. Ihr seid es, die Anarchie propagieren.

Ihr habt euch auf die Kapitalisten eingeschworen. Was nützt uns die Gewerkschaft, wenn darin die Arbeitgebergesinnung das Sagen hat? Nur dem Kapital dient das. Doch euer Einfluß schwindet.

Ich stelle hiermit den Antrag, daß du aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wirst".

Die Antwort der IGM-Bonzen auf diesen Brief war der Ausschlußbeschluß gegen den Kollegen unter dem Vorwand, er habe sich zu dem Revers nicht geäußert. Der Kollege antwortete darauf mit einem zweiten offenen Brief, in dem er die Lügen der Bonzen klarstellte und am Schluß betonte:

"Ich werde nach wie vor das sagen, was euch nicht paßt, aber den Kollegen paßt. Ich werde nach wie vor sagen, daß ihr genauso wenig freiwillig von eurem Thron geht wie die westdeutschen Imperialisten und daß man euch wegjagen muß".

Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger !

Unser Kampfziel in den DGB-Gewerkschaften :revolutionärer Zusammenschluß der Mitglieder gegen den Apparat !

IG Metall-Boß Loderer verkündet, man könne sich in der laufenden Tarifbewegung für die Eisenverarbeitung am NRW-Stahlabschluß orientieren. Damit ist selbst die Forderung von 15 %, die weit unter den Forderungen liegt, die die Kollegen in den Betrieben aufgestellt haben, fallengelassen. Immer klarer wird: für Kapital, Regierung und DGB-Apparat ist der Tarifbetrug beschlossene Sache.

Das immer unverhülltere Auftreten des DGB-Apparates als Instrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse stößt unter den Kollegen auf breite Empörung, insbesondere auch unter den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften. Angesichts des offenen Paktierertums der DGB-Führung mit dem Kapital wächst mit jedem Tag die Zahl der Kollegen, für die es beschlossene Sache ist, daß der Kampf gegen die DGB-Bonzen mit aller Schärfe geführt werden muß.

Während einerseits die Arbeiterklasse – wie die Erfahrungen des Sommers gezeigt haben – immer mehr erkennt, daß der Kampf für mehr Lohn, mehr Urlaub, bessere Arbeitsbedingungen usw. ohne, ja gegen den DGB-Apparat geführt werden muß, wächst parallel dazu der Widerstand gegen den reaktionären DGB-Apparat unter den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften. Gerade vor, während und direkt im Anschluß an die Tarifbewegungen dokumentieren die Mitgliederversammlungen, so die Bonzen sie überhaupt einzuberufen wagen, die breite Empörung, den wachsenden Haß der Mitglieder auf die DGB-Führung.

Aber oft genug stößt diese Empörung der Kollegen ins Leere. Mit geschickt lancierten Anträgen gelingt es den D'K'P-Bevisionisten, aber auch Opportunisten, die unter der Flagge des Marxismus-Leninismus zu segeln versuchen, häufig, den wachsenden Haß der Kollegen auf den DGB-Apparat durch "Verbesserungsvorschläge" abzublocken. Ihr Ziel ist es, den revolutionären Zusammenschluß der innergewerkschaftlichen Opposition gegen den arbeiterfeindlichen Apparat zu verhindern.

München nach der letztjährigen Tarifbewegung in der Druckindustrie: Die Kollegen hatten in der 1. Urabstimmung eindeutig und nachdrücklich ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Sie waren – zum Teil auch ohne die Gewerkschaftsführung – in Warnstreiks getreten. Die IG Druck&Papier-Führung aber rief nur in den Zeitungsbetrieben und in einigen Großbetrieben zu punktuellen Streiks auf, um sich danp mit den Druckkapitalisten blitzschnell auf einen Abschluß zu einigen, der von den Kollegen klar als Verrat empfunden wurde. Besonders in den Großbetrieben lehnte die überwältigende Mehrheit der Kollegen dieses "Verhandlungsergebnis" entschieden ab. In vielen Betrieben verfaßten und unterschrieben Kollegen Protestresolutionen, in einigen Betrieben reagierten die Kollegen sogar mit Warnstreiks auf den Tarifbetrug.

Entsprechend war die Stimmung auf der Mitgliederversammlung: die Kollegen machten aus ihrer Empörung keinen Hehl und geißelten in ihren Redebeiträgen den Verrat der Bonzen. Jeder Angriff auf die IG Druck & Papier-Führung wurde mit starkem Beifall quittiert.

In dieser Situation brachte ein Vertreter der extrem rechtsopportunistischen "Arbeiterbasisgruppen" (inzwischen umbenannt in "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") zwei Anträge ein. In dem 1. Antrag wurde gefordert, daß zukünftig nicht 75%, sondern die einfache Mehrheit bei der Urabstimmung ausreichen sollte, um ein Verhandlungsergebnis abzulehnen und den Arbeitskampf fortzusetzen. In dem zweiten Antrag sollte die IG Druck & Papier-Führung aufgefordert werden, künftig zu den Urabstimmungen keine Empfehlungen mehr abzugeben.

Am Beispiel dieser Anträge läßt sich aufzeigen, wo die Scheidelinie zwischen revolutionärer Oppositionsarbeit in den DGB-Gewerkschaften, konsequentem Kampf gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat und reformistischer Taktik, die letztlich dazu dient, den DGB-Apparat vor der Empörung der Kollegen zu schützen, verläuft.

Richtig ist, daß die Empfehlungen der DGB-Bonzen zu den Urabstimmungen durchweg reaktionär sind, in der Absicht abgegeben werden, die Kollegen vom Kampf abzuhalten. Richtig ist, daß auch die 75%-Klausel diesem Ziel dient, indem sie den am wenigsten fortschrittlichen Teil der Arbeiterklasse zum entscheidenden Faktor erhebt.

Aber diese beiden Punkte sind eben nicht die entscheidenden Ursachen für den Verrat der DGB-Führung. Oder ist es etwa so, daß die Führung einer klassenkämpferischen, revolutionären Gewerkschaft bei Urabstimmungen ihren Mitgliedern keine Empfehlungen geben würde? Was ist denn die Aufgabe der Führung, wenn nicht den Kollegen im Kampf den richtigen Weg zu weisen? Oder würde eine revolutionäre Gewerkschaft, die konsequent um die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse kämpft, allein durch die Existenz der 75%-Klausel reaktionär?

Entscheidend ist nicht, daß die DGB-Führung Empfehlungen abgibt. Entscheidend ist, daß der DGB-Apparat insgesamt ein Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse ist, daß die DGB-Führung eine Politik betreibt, die den Kapitalisten nützt, daß darum auch ihre Empfehlungen eben nicht den Willen der Arbeiterklasse ausdrücken, sondern einen verschleierten Versuch darstellen, der Arbeiterklasse den Willen der Kapitalisten aufzuzwingen. Das findet auch seinen konsequenten Ausdruck in der üblen Hetze, die die DGB-Führung gegen die spontanen Kampfaktionen der Arbeiterklasse vom Stapel läßt.

Wer angesichts dieser Tatsachen das Wesen, den imperialistischen Klassencharakter des DGB-Apparates verschweigt und stattdessen die berechtigte Empörung der Mitglieder auf einige "undemokratische Mängel" des DGB zu lenken versucht, springt für die Bonzen in die Bresche. Er versucht objektiv zu verhindern, daß in der Arbeiterklasse vollständige Klarheit über die Rolle des DGB-Apparats als Unterdrückungsinstrument gegen die Kapitalistenklasse entsteht. Er arbeitet Hand in Hand mit den D'K'P-Revisionisten, die in jeder wesentlichen Frage den DGB-Apparat bis auf's Messer verteidigen, sich in einigen unwesentlicheren Fragen aber scheinbar an die Spitze der Empörung setzen, allerdings mit dem Ziel, dieser die Spitze zu nehmen.

Gewerkschaftsversammlungen auf Betriebsebene !

Diese Forderung wird von den Mitgliedern oft aufgestellt. Sie ist auch völlig richtig, weil die Bonzen im Betrieb, wo sie mit der konkreten, von den Kollegen gut überschaubaren Klassenkampfsituation konfrontiert werden, leichter festgenagelt werden können, ihr Paktierertum mit den Kapitalisten viel leichter entlarvt werden kann. Hinzu kommt, daß an betrieblichen Versammlungen in der Regel mehr Kollegen teilnehmen, was den Bonzen auch nicht gerade sehr angenehm ist. Unter diesen Gesichtspunkten schaffen betriebliche Gewerkschaftsversammlungen günstige Bedingungen für den innergewerkschaftlichen Kampf gegen den imperialistischen DGB-Apparat, für die Entlarvung der Bonzen und für den Zusammenschluß der Mitglieder gegen den Apparat.

Auf der anderen Seite stecken hinter dieser Forderung häufig noch Illusionen. Viele Kollegen, die diese Forderung aufstellen, glauben, die Durchsetzung betrieblicher Gewerkschaftsversammlungen sei ein Weg, den Einfluß der Bonzen im DGB zu schwächen und den Einfluß der Kollegen zu stärken. Sie hoffen, daß so die DGB-Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse gemacht werden können. Diese Illusionen werden natürlich von den D'K'P-Revisionisten und den Opportunisten aller Schattierungen besonders geschürt.

Vom revolutionären Zusammenschluß der Mitglieder gegen den Apparat wollen die D'K'P-Revisionisten und ihre verschiedenen Wasserträger natürlich nichts wissen. Sie wollen die Mitglieder vielmehr an den imperialistischen DGB-Apparat ketten und wissen genau, daß sie damit nur eine Chance haben, wenn sie den Kollegen vorgaukeln, der DGB würde schon noch eine klassenkämpferische Gewerkschaft, wenn auf betrieblichen Mitgliederversammlungen die Kollegen erst einmal das Sagen hätten. Diese hinterhältige Schützenhilfe für die Bonzen muß entschieden bekämpft werden.

Kampf dem Ausschlußterror !

"Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht." Diese Worte des Genossen Mao Tsetung gelten auch für den erbitterten Kampf, den der DGB-Apparat gegen revolutionäre, klassenkämpferische Gewerkschaftler, insbesondere auch gegen Genossen und Sympathisanten der KPD/ML und der ROTEN GARDE führt. Der konsequente Kampf unserer Partei für die Vereinigung der Kollegen im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger hat die Achillesferse der Bonzen aufgezeigt: immer schwieriger wird es für sie, vor den Kollegen ihre Rolle als Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten zu verbergen, immer mehr Kollegen erkennen, daß ein klarer Trennungsstrich zum arbeiterfeindlichen DGB-Apparat gezogen werden muß, daß die revolutionäre Gewerkschaftslinie unserer Partei dem Kampf gegen den DGB-Apparat, wenn er nicht in einem end- und ziellosen täglichen Kleinkrieg mit den Bonzen versacken soll, die einzige Perspektive bietet: zusammenschließen und den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreiben!

Der von den Bonzen entfachte Ausschlußterror ist also nichts anderes als der verzweifelte Versuch, sich dieser Tendenz entgegenzustemmen, die kämpferischsten Kollegen auszuschalten, um die Masse der Mitglieder wieder in den Griff zu kriegen. Diese Taktik der DGB-Führung stößt bei den Mitgliedern auf breiten Widerstand. Der Kampf gegen den Ausschlußterror muß ein weiterer Schritt im Zusammenschluß der Kollegen zur revolutionären Gewerkschaftsopposition sein.

Das heißt, daß der Kampf gegen die Ausschlüsse nicht sich darauf beschränken darf, die Bonzen der Verletzung von Prinzipien innergewerkschaftlicher Demokratie anzuklagen. Der Kampf gegen die Ausschlüsse muß so geführt werden, daß immer mehr Kollegen klarer erkennen, daß Verstöße der Bonzen gegen die innergewerkschaftliche Demokratie nur das konsequente Ergebnis der Tatsache sind, daß der DGB-Apparat die Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse, damit auch gegen die Mitglieder des DGB, durchsetzen will. Wo dieses Ziel nicht innerhalb der demokratischen Spielregeln erreicht werden kann, lassen die Bonzen das demokratische Mäntelchen eben fallen, so wie der Bonner Staat ebenfalls Knüppelgarden gegen kämpfende Arbeiter einsetzt, ohne sich dabei groß um irgendwelche demokratischen Prinzipien zu scheren.

Gerade aus der Tatsache heraus, daß dieser durch und durch reaktionäre DGB-Apparat mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, gegen kämpferische, oppositionelle Kollegen vorgeht, muß erklärt werden, daß der DGB-Apparat nicht durch eine Kette von Abstimmungssiegen erobert werden kann, daß man die DGB-Gewerkschaften nicht mehr zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen kann, sondern daß der Zusammenschluß zur revolutionären Gewerkschaftsopposition eine absolute Notwendigkeit geworden ist.

Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Der Kampf in den DGB-Gewerkschaften gegen den imperialistischen DGB-Apparat ist kein Kampf für die "Verbesserung des DGB". Das allerdings ist genau der Punkt, an dem die D'K'P-Revisionisten und die Opportunisten aller Schattierungen versuchen, Verwirrung und Spaltung in die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung zu tragen. Wir Kommunisten lassen bei unserem Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften keinen Zweifel daran, daß der entscheidende Widerspruch im DGB nicht – wie uns die D'K'P-Revisionisten und andere Opportunisten weiszumachen versuchen – zwischen fortschrittlichen und weniger fortschrittlichen Kollegen verläuft. Wir sagen klar, daß der entscheidende Widerspruch den DGB-Apparat als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten auf der einen Seite und die Gesamtheit der Mitglieder auf der anderen Seite steht. Dieser Widerspruch ist sowenig durch kollegiale Diskussion zu lösen, wie der Widerspruch zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse durch "vernünftige Sozialpartnerschaft" gelöst werden kann.

Wer die Kapitalistenklasse bekämpfen will, der muß auch den DGB-Apparat als Instrument der Kapitalisten bekämpfen. Der muß rückhaltslos dafür eintreten, daß sich die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften im Kampf gegen den DGB-Apparat zusammenschließen, daß unter ihnen die Überzeugung immer breiteren Raum findet, daß der Kampf nur auf revolutionärer Grundlage geführt werden kann.

Nieder mit dem imperialistischen DGB-Apparat !

Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung!

Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML

Korrespondenz

Verbrecherischer Kapitalismus

Mein Vater lebt in einer Kleinstadt. Seit über 40 Jahren arbeitet er als KFZ-Schlosser und besonders in den letzten Jahren hat er die Wochenenden durchgearbeitet, hat selten in der Woche weniger als 55 oder 60 Stunden gehabt. Er sorgte nur für seine Familie. Er ist nicht mehr so flink wie die jüngeren Kollegen, verschiedene Krankheiten treten auf. Für seinen Kapitalisten nutzlos geworden, wird er auf die Straße geworfen. Er fängt verschiedene Arbeiten an (nicht mehr in seinem Beruf), kann sie körperlich nicht durchhalten. Die Krankheiten werden schlimmer. 1/4 Jahr lang lebte die Familie nur von 400 DM monatlich. Er muß den Staat anbetteln, obwohl er über 40 Jahre gearbeitet hat. Für die Bosse und den Staat ist es uninteressant, ob und wie er seine Familie versorgen kann. Soll er denn schon zum alten Eisen?

Er erleidet einen Nervenzusammenbruch und kommt zur "Behandlung" in die Klinik. Dort wird er gequält. "Schlimmer kann es im KZ nicht gewesen sein", sagt er. Wieder und wieder wird er punktiert. Ergebnis: "Nichts ernsthaftes". Da stehen sie nun, die medizinischen Herren und können und wollen nichts machen. Sie verschreiben ihm -zig Medikamente, natürlich Beruhigungsmittel. Das wahre "Medikament" aber heißt: garantierter Arbeitsplatz, Garantie dafür, daß die Familie anständig unterhalten werden kann. Aber dieses "Medikament" gibt es erst im Sozialismus....

Im Kapitalismus findest du nur Arbeit, solange du Profit abwirfst, Kranke und Ausgelaugte lassen unsere "Herren" verkommen.

Jetzt, mit 58 Jahren, hat mein Vater Rente beantragt. Das wird gerade zum Hungern reichen. Wie lange noch, bei der Inflation? Wie lange dieses System noch? Wir können es nicht mehr ertragen.

"Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun,
uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun".

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

SPANIEN:
ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE ANTIFASCHISTISCHE UND PATRIOTISCHE FRONT - FRAP !

Am 6.1.1974 wurde an geheimgehaltenem Ort die Gründungskonferenz der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front - FRAP - abgehalten und die FRAP proklamiert. Den Vorsitz der Gründungsversammlung führte Julio Alvarez del Vayo, früherer Außenminister der Spanischen Republik und früherer Generalkommisar der Armee im nationalrevolutionären Krieg gegen die Franco-Faschisten von 1936 bis 1939.

Die Gründung erfolgte nach langer Vorbereitungszeit, in der sich viele örtliche und regionale pro-FRAP-Komitees bildeten und den Kampf gegen Franco-Faschismus und Yankee-Imperialismus aufnahmen. Ab Januar 1971 wurden diese Komitees im Koordinationskomitee pro-FRAP zusammengefaßt. Die Agitation und Propaganda, die Kampfaktionen, Demonstrationen, Streiks, Sprengungen von Banken u.s.w. wurden auf nationaler Ebene koordiniert. Durch ihren entschlossenen Kampf gewannen die pro-FRAP-Komitees, als konsequent revolutionäre Kraft, immer mehr Ansehen und Einfluß unter den ausgebeuteten und unterdrückten Massen der spanischen Völker. Im Kampf gegen Franco-Faschismus und Yankee-Imperialismus erstellte das Koordinationskomitee pro-FRAP das Programm und faßte es in folgenden sechs Punkten zusammen, die sich im wesentlichen auf Kernpunkte des Programms der Kommunistischen Partei Spaniens/ Marxisten-Leninisten stützen:

1. Sturz der faschistischen Diktatur und Vertreibung des Yankee-Imperialismus durch den revolutionären Kampf;

2. Errichtung einer föderativen Volksrepublik, die die demokratischen Freiheiten für das Volk und die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert;

3. Verstaatlichung des ausländischen Monopolbesitzes und Einziehung des Besitzes der Oligarchie;

4. Tiefgreifende Agrarreform auf Grundlage der Konfiszierung des Großgrundbesitzes;

5. Liquidation der Reste des spanischen Kolonialismus;

6. Bildung einer Armee im Dienste des Volkes.

1973 erfuhr der Kampf der pro-FRAP-Komitees gegen den Franco-Faschismus einen entscheidenden Aufschwung. Das drückte sich in der von ihnen geführten Massenbewegung des 1. und 2. Mai aus, in der Hunderttausende in allen größeren Städten Spaniens auf die Straße gingen und gegen den Franco-Faschismus und seinen Herrn, den Yankee-Imperialismus, demonstrierten. Es entwickelten sich erbitterte Straßenschlachten mit der Polizei, wobei ein Mitglied der Spezialpolizeitruppe Brigada Politico-Social erstochen wurde. **Diese Ereignisse erschütterten das Regime und führten zur Bildung der Regierung unter Carrero Blanco,einem der blutigsten Henker des Franco-Faschismus, der nach dem Krieg von 1936 bis 1939 Hunderttausende von Antifaschisten und Patrioten ermorden ließ, und dessen Tod den Jubel des spanischen Volkes hervorrief.**

Ein weiterer Ausdruck des Aufschwungs ist der von den pro-FRAP-Komitees geführte Generalstreik von über hunderttausend Arbeitern in der Provinz Navarra und die ihn begleitenden Solidaritätsstreiks in vielen Teilen Spaniens und der Streik von 80.000 Bauarbeitern in Madrid.

Dieser Aufschwung der von den pro - FRAP-Komitees geführten Kämpfe und die einsetzende maßlose Verschärfung der Verfolgung und Unterdrückung der Antifaschisten und Patrioten und des Volkes durch den Franco-Faschismus machten die Gründung der FRAP zu einer unabdingbaren Notwendigkeit. Die in ihr zusammengefaßten Organisationen schufen auf der Gründungskonferenz eine nationale Leitung und ein ständiges Komitee als Führungsorgan, um dem Kampf gegen den Faschismus eine feste Führung zu geben.

Die Gründungskonferenz erklärte feierlich, "daß . . . die FRAP keine Anstrengung und kein Opfer scheuen wird, um die Massen im heiligen Kampf für die Befreiung aller Völker Spaniens vom Faschismus und Yankee-Imperialismus zu einen und zu mobilisieren, alle jene, die auf die eine oder andere Weise für das gleiche Ziel kämpfen wollen: den Sturz der faschistischen Oligarchie, die Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit und die Errichtung einer föderativen Volksrepublik.

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE ANTIFASCHISTISCHE PATRIOTISCHE FRONT !
ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE EINHEIT DES SPANISCHEN VOLKES !



Kambodscha wird frei sein !

Der Palast Lon Nols steht in Flammen. So sicher, wie die US-Imperialisten und ihre einheimischen Marionetten in Vietnam eine Niederlage erlitten haben, so sicher werden sie auch in Kambodscha geschlagen werden. Hören wir nur den militärischen Bericht der Volksbefreiungsarmee Kambodschas von einer einzigen Woche im Dezember:

18.12. : 400 Gegner in verschiedenen Gefechten getötet, Angriffe auf den Palast Lon Nols; 19.12. : 190 Gegner getötet und zwei Flugzeuge abgeschossen; 21.12. : 9 feindliche Stellungen vernichtet, 210 Gegner getötet, das Dorf Tram Khnar befreit, einen Haufen südvietnamesischer Räuber, die mit Genehmigung der Lon-Nol-Clique Reis stehlen wollten, aufgetrieben; 24.12. : Die Stadt Leach befreit, den feindlichen Stützpunkt Srang zerstört, 200 Gegner getötet, die Hauptstadt des Distriktes Ponhea Lu befreit.

Die US-Marionetten in Phnom Penh sind nicht nur den Angriffen der Soldaten der Roten Khmer ausgesetzt, sie kämpfen auch einen verzweifelten, hoffnungslosen Kampf gegen das Volk in der Hauptstadt, in den Gebieten, die noch nicht befreit sind. Denn überall fordert das Volk sein Recht auf Freiheit, sabotiert es die Truppen Lon Nols, streikt es um höhere Löhne, gegen Preissteigerungen weigern sich Jugendliche, als Soldat der Regierungstruppen zu dienen. Diese Soldaten sind beim Volk zutiefst verhaßt. Selbst arm und am Verhungern - der Sold eines Lon-Nol-Soldaten reicht gerade für 3kg Schweinefleisch - werden sie von der Regierung zum Plündern,Brandschatzen, Morden angetrieben. Der Reis, lebensnotwendiges Grundnahrungsmittel, ist knapp in Phnom Penh, er verschwindet in den Lagern von Wucherern und Schwarzhändlern. Immer wieder kommt es zu Kämpfen vor den Reisdepots der Regierung, wobei die Bevölkerung die Wachsoldaten mit Waffen vertreibt, die Scheunen aufbricht und den Reis verteilt. Auch die Industrie ist zusammengebrochen. Die meisten Betriebe in Phnom Penh sind zerstört oder geschlossen, in den wenigen Fabriken, wo noch gearbeitet wird, kommt es ständig zu Streiks. Seit die Lon-Nol-Clique versucht, Jugendliche gewaltsam in die Armee zu stecken, gab es blutige Straßenschlachten und Kämpfe in der Universität, in Schulen und Kirchen, wohin sich die Jugendliche geflüchtet hatten. 12000 Lehrer streikten im Dezember gegen die Einziehung der Jugend, gegen eine Regierung, "die nur vom Hunger des Volkes lebt". Zu Tausenden flieht die Bevölkerung in die befreiten Gebiete.

Der Aufbau in den befreiten Gebieten

Hier freilich sieht das Leben anders aus! Trotz der Kämpfe ist der Aufbau in vollem Gange. Die Volksbefreiungsarmee hat das Land verteilt. die Intensivierung der Produktion und die ideologische Erziehung des Volkes in die Hand genommen. Während in den Gebieten, die die Regierung kontrolliert, die Landwirtschaft fast völlig zusammengebrochen ist, steigern hier Bauern und Soldaten gemeinsam ständig die Reisernten. **In den Südwest-Region wurden allein im ersten Halbjahr 1973 1040 Staudämme, 1875 Wasserreservoirs, hunderte Kilometer Bewässerungsgräben und 370 mechanische Pumpen gebaut. In verschiedenen Teilen des Landes wurde mit dem Anbau von Baumwolle begonnen - für Kambodscha ein völlig neuer Zweig der Landwirtschaft. In den Dörfern werden medizinische Versorgungsstellen eingerichtet und Schulen gebaut; Seit Menschengedenken lernen hier zum erstenmal Bauernkinder Lesen und Schreiben. Die Befreiung der Frau wird durchgesetzt. So beschoß die Konferenz der Frauen der Nordost-Region im vergangenen Oktober: Die Frauen für die Kämpfe noch besser zu mobilisieren, die Produktion zu erhöhen, die politische Festigkeit der kambodschanischen Frau zu erhöhen und sie noch besser zu organisieren. Auch auf dem Gebiet der Kultur werden Fortschritte gemacht Während in Phnom Penh noch immer Französisch die Amtssprache ist,wurde in den befreiten Gebieten die Sprache des Volkes als offizielle Sprache durchgesetzt.**

Der Sieg des kambodschanischen Volkes ist gewiß! Die Lon-Nol-Clique kann auf keinen faulen Kompromiß hoffen. Samdech Sihanouk hat die Bedingungen für einen Frieden klar erkannt:

VORWÄRTS BIS ZUM ENDGÜLTIGEN SIEG!
BEDINGUNGSLOSE KAPITULATION DES LON-NOL-REGIMES!

Aus aller Welt

BRASILIEN: Wie die Nachrichtenagenturen berichten, kam es in letzter Zeit in einer Abteilung der Fabrik von VW do Brasil in Sao Paulo zu mehreren Teilstreiks. 10 Tage lang kämpften 3 000 Arbeiter dieser Fabrik um Lohnerhöhungen. **Die Fabrikleitung war gezwungen den Forderungen der Arbeiter nachzugeben.**

Auch die Karosseriearbeiter der Mercedes-Benz-Fabrik von Sao Paulo errangen im Streikkampf einen wichtigen Sieg. Trotz der faschistischen Verbote, Lohnerhöhungen durchzusetzen, gelang es ihnen, durch ihre Kampfmaßnahmen eine Lohnerhöhung von 5% im November und von weiteren 4% im Januar durchzusetzen. **Die Bedeutung dieser Streiks liegt vor allem darin, daß damit die faschistischen Gesetze von der Arbeiterklasse gebrochen wurden**

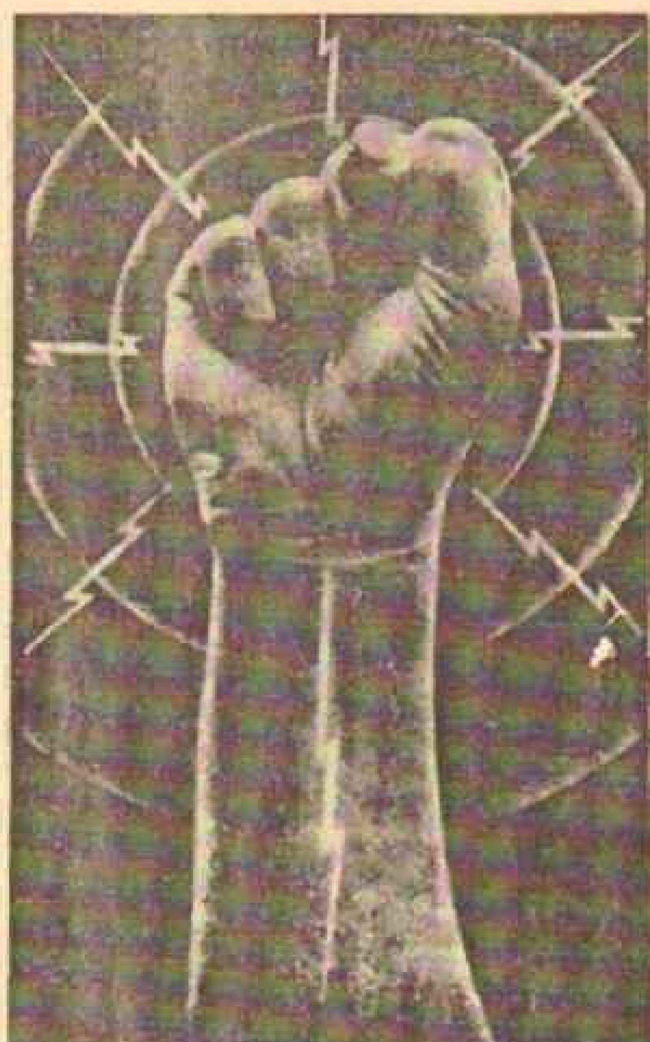
INDONESIEN: Aus Anlaß des Staatsbesuchs des japanischen Ministerpräsidenten Tanaka bildeten sich in Djakarta mehrere Demonstrationszüge von teils über 10 000 Menschen und protestierten gegen den Besuch dieses Vertreters des japanischen Imperialismus, der neben dem US-Imperialismus die Hauptstütze des faschistischen Suharto-Regimes ist. Dabei wurden acht Menschen getötet, 35 verletzt und 300 verhaftet. Die Demonstranten setzten fünf japanische Geschäfte, 326 japanische Autos und 109 japanische Motorräder in Brand.

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tairna für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)



32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterabnd entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.

RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

Gegen die faschistische Herrschaft der sowjetischen Sozialimperialisten - der entschlossene Widerstand des Volkes!

Die bürgerliche Propaganda tischt uns täglich Nachrichten über die "innersowjetische Opposition" reaktionärer Intelligenzler vom Schlag eines Sacharow oder Solschenizyn auf. Sie verschweigt den grundlegenden Widerstand gegen die faschistische Ausbeuterherrschaft der Neuen Zaren, den Widerstand der Arbeiterklasse und der nationalen Minderheiten. Im Folgenden berichten wir über diesen Widerstand (nach einer Meldung der Chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua.)

In den letzten Jahren haben die sowjetrevisionistischen Neuen Zaren ihre faschistische Unterdrückung maßlos verschärft. Im gleichen Maße wuchs der beharrliche Widerstand des sowjetischen Volkes gegen sie unaufhörlich an. Die Lage in der Sowjetunion ist keineswegs stabil und harmonisch, wie uns das Breschnew und seinesgleichen weismachen wollen. **Sie ist von scharfen Klassengegensätzen, nationalen Widersprüchen und sozialen Unruhen gekennzeichnet.**

Seit 1965 hat die Breschnew-Clique ihren faschistischen Unterdrückungsapparat wesentlich erweitert und Polizei und Geheimdienst ausgebaut. Zusätzlich zu neuen Gefängnissen bauten sie unzählige "Arbeitslager" zur Einkerkerung von revolutionären Menschen. Es gibt "gewöhnliche Lager", "verschärfte Lager", "Lager mit strikter Disziplin", "Sonderlager" u.a., insgesamt über 1.000 mit weit über einer Million Häftlingen.

Daneben dienen auch neurologische Kliniken als Kerker, Menschen, die Unzufriedenheit mit dem sowjetrevisionistischen Regime äußern oder gar Widerstand leisten, werden kurzerhand zu "Irren" erklärt und in "Irrenhäuser" gesperrt, wo sie körperlich und seelisch gefoltert werden, einschließlich drastischer Behandlung mit Drogen. Einige von ihnen wurden derart fertiggemacht, daß sie nur noch menschliche Wracks sind.

Zur Unterdrückung von Demonstrationen, Streiks und Aufruhr setzen die sowjetrevisionistischen Renegaten unbarmherzig Polizei und Militäreinheiten mit Panzern und Panzerautos sowie Fallschirmjäger ein, aber das kann die wachsende Unzufriedenheit des Volkes nicht aufhalten, den Widerstand nicht brechen. Nachrichten über diesen unaufhörlichen Kampf der sowjetischen Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung dringen trotz der rigorosen Nachrichtensperre an die Außenwelt.

Im Frühjahr 1967 erhoben sich die Arbeiter von Tschimkent zu Massenaktionen gegen die revisionistische Unterdrückung, im November des gleichen Jahres traten Tausende von Arbeitern des Traktorenwerkes in Charkow in den Streik. **Seit 1968 verbreiten revolutionäre Organisationen in der Sowjetunion Artikel und Flugblätter, in denen sie die Arbeiterklasse und die Werktätigen zum Sturz der sowjetrevisionistischen Clique und zur Wiedererrichtung der proletarischen Diktatur auffordern.** Im Mai 1969 führten die Arbeiter des Wasserkraftwerkes in Kiew eine Demonstration durch, im September 1972 legten Tausende von Arbeitern in Dnjepropetrows die Arbeit nieder und demonstrierten.

Ein wichtiger Teil des Widerstandes gegen die Sowjetrevisionisten ist der Kampf der nationalen Minderheiten gegen die großrussische chauvinistische Politik der Neuen Zaren. 1972 brachen zwischen der Ukraine und Zentralasien, zwischen der Ostsee und dem Kaukasus immer wieder Kämpfe der nationalen Minderheiten aus. In Kaunas (Litauen) gingen Tausende auf die Straße, riefen "Freiheit für Litauen". Sie stürmten das Gebäude des Stadtparteikomitees und die Polizeistation und kämpften in den Straßen gegen Militärpolizei und Fallschirmjäger. **Siebzehn Veteranen der KPdSU in Lettland versandten Briefe innerhalb der Sowjetunion und ins Ausland, in denen sie den Verrat der Sowjetrevisionisten am Marxismus-Leninismus und ihre Politik der verstärkten Assimilierung der nationalen Minderheiten anprangerten;** in Tallin, Estland, führten Studenten Demonstrationen durch; in Dnjeprodserschinsk in der Ukraine griffen über 10.000 Demonstranten die Gebäude der Gebietsparteiorganisationen und der örtlichen Regierungsorgane sowie das Haus des Komitees für Staatssicherheit (KGB) an und zerrissen dabei Bilder von Breschnew und anderen Revisionistenführern. Protestaktionen werden immer wieder aus dem Kaukasus und Zentralasien gemeldet.

Die breiten Massen des Sowjetvolkes haben schon immer die Politik der Aggression und imperialistischen Expansion der Kreml-Renegaten verurteilt. **Revolutionäre Organisationen verteilten Flugblätter, in denen sie die antichinesischen Verbrechen der Sowjetrevisionisten anprangerten.** Im August 1968, während des Einmarsches in die Tschechoslowakei, wurden in Moskau Leningrad, Charkow, Nowosibirsk und anderen Städten Protestdemonstrationen und Versammlungen durchgeführt. 1970, während des Aufstandes der polnischen Arbeiterklasse, brachen Solidaritätsstreiks in Kalingrad, in Lemberg, in Teilen Weißrusslands und an anderen Orten aus.

Der heldenhafte Kampf der sowjetischen Arbeiterklasse und der nationalen Minderheiten wird die finstere Herrschaft der sowjetischen Sozialimperialisten immer nachhaltiger erschüttern und schließlich stürzen.

2.Februar 1943
Sieg der Roten Armee über die Hitlerarmee bei Stalingrad

"Stalin bricht Hitler das Genick!"

Am 3. Februar vor 31 Jahren trat eine bedeutende Wende ein im großen antifaschistischen Krieg gegen die Hitlerarmee, die überden europäischen Kontinent hergefallen war. Bei Stalingrad wurde der Hitlerwehrmacht im Osten das Rückgrat gebrochen: die 6. Armee, 260.000 Mann, wurden von der Roten Armee eingekesselt und geschlagen.

Von da an war aller Welt klar, was Ernst Thälmann zuvor bereits den Hitlerfaschisten im Gefängnis entgegengeschleudert hatte: "Stalin bricht Hitler das Genick!"



Zu Beginn des Krieges hatte die Hitlerarmee als unbesiegbar gegolten. Eine imperialistische Macht wie Frankreich brach bereits nach ersten Gefechten zusammen. Wie konnte der junge Sowjetstaat da die Hitlerbanden niederringen? War es seine Größe, waren es seine Waffen?

Gewiß nicht! **"Unser Sieg bedeutet vor allem, daß unsere sowjetische Gesellschaftsordnung gesiegt hat, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung im Feuer des Krieges die Prüfung bestanden und vollauf ihre Lebenskraft bewiesen hat", sagte Stalin 1946. "Der Krieg hat gezeigt, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung eine volksverbundene Ordnung darstellt, die aus dem Schoße des Volkes hervorgegangen ist und dessen machtvolle Unterstützung genießt."**

Nur das sozialistische System, die Diktatur des Proletariats konnte unter der Führung der Kommunistischen Partei ein Volk hervorbringen, das, mit der marxistisch-leninistischen Ideologie bewaffnet, bereit war, zum Schutz seines sozialistischen Vaterlandes alles zu opfern. Und nur das sozialistische System, die Diktatur des Proletariats ermöglichte es, die Industrialisierung der Sowjetunion schnell voranzubringen und so die wirtschaftliche und militärische Grundlage für den Kampf und den Sieg über die Hitlerarmee zu schaffen.

Der Sieg über den Hitlerfaschismus war nicht nur ein Sieg des sowjetischen Volkes und seiner Roten Armee, sondern ein Sieg aller Völker, die in der antifaschistischen Einheitsfront standen. Ein Sieg aber, der mit dem Namen Stalins untrennbar verbunden ist.

Die modernen Revisionisten, die nach Stalins Tod mit Chruschtschow in der Sowjetunion die Macht ergriffen, versuchen immer wieder Stalins Namen zu beschmutzen. Sie greifen Stalin und seine hervorragende Rolle im großen antifaschistischen vaterländischen Krieg an, meinen aber damit die sozialistische Gesellschaftsordnung, die unter Stalin in der Sowjetunion festen Bestand hatte. Sie wollen den Namen des großen Marxisten-Leninisten Stalin in den Schmutz zerren, um das Ansehen des Marxismus-Leninismus zu schmälern und ihren eigenen revisionistischen Plunder zu rechtfertigen.

Breshnew ist es, der heute daherredet, man müsse zur Verhinderung von Kriegen mit den Imperialisten zusammenarbeiten, der Friede auf der Welt sei nur eine Frage von internationalen Verträgen usw.

Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt kurz vor Beginn des antifaschistischen Krieges ~~sagt~~, daß Verhandlungen und bestimmte Abkommen mit den Imperialisten manchmal nützlich und sogar notwendig sind. Trotzdem aber hat sich das sowjetische Oberkommando mit Stalin an der Spitze niemals der Illusion hingegeben, daß der Hitlerfaschismus plötzlich friedlich geworden wäre. Vielmehr traf die Sowjetunion alle Vorbereitungen, um für einen Überfall gerüstet zu sein.

Die sowjetischen Sozialimperialisten mit ihrem Oberhaupt Breshnew reden heute aber daher, daß der Imperialismus durch Zusammenarbeit friedlich würde, um durchzusetzen, daß sich die revolutionären Völker der Zusammenarbeit der beiden Supermächte beugen und ihren Kampf einstellen.

Lenin sagt: **"Es gibt Kompromisse und Kompromisse. Man muß es verstehen, die Umstände und die konkreten Bedingungen jedes Kompromisses oder jeder Spielart eines Kompromisses zu analysieren. Man muß es lernen, den Menschen, der den Banditen Geld und Waffen gegeben hat, um das Übel, das die Banditen stiften, zu verringern und ihre Ergreifung und Erschießung zu erleichtern, von dem Menschen zu unterscheiden, der den Banditen Geld und Waffen gibt, um sich an der Teilung der Beute zu beteiligen."**

Die neuen Zaren im Kreml aber arbeiten mit dem US-Imperialismus zusammen, um sich auf der ganzen Welt die Beute mit ihm zu teilen, um sie ihm möglichst gar noch abzuringen. Die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit ist kein Zeugnis für die Wandlung des Charakters des Imperialismus, sondern ein beredtes Zeugnis dafür, daß die Verräterclique um Chruschtschow und Breshnew die sozialistische Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht verwandelt hat.

In Ländern wie Polen, der CSSR, der DDR, wo nach der Befreiung von den faschistischen Horden im Schutz der Roten Armee der Sozialismus aufgebaut werden konnte, herrscht heute der sozialimperialistische Militärstiefel Breshnews zur Unterjochung und Ausbeutung dieser Länder. Auf der ganzen Welt trachten die neuen Zaren durch Subversion und Aggression danach, ihre Klauen weiter auszustrecken, den revolutionären Befreiungskampf der Völker zu erwürgen und zur imperialistischen Weltmacht Nr.1 aufzusteigen.

Brachte die Rote Armee Stalins Europa den Frieden im Kampf gegen die Hitlerbanden, so ist es heute die Kriegsmaschine Breshnews, von der die Initiative eines neuen imperialistischen Krieges in Europa ausgeht.

Mit seinem wütenden Geschrei gegen die VR China, gegen den Kommunismus versuchen die neuen Zaren im Kreml von ihren Plänen abzulenken. Wie die chinesischen Genossen auf ihrem X. Partei feststellten: "Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei 'ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen' ".

In den letzten Jahren hat der sowjetische Sozialimperialismus sein Militär in Europa derart aufgerüstet, daß das Verhältnis von Warschauer Pakt und Nato bei den konventionellen Streitkräften 3 zu 1 betragen soll.

"Aber über Sieg oder Niederlage entscheidet das Volk, nicht ein oder zwei neue Arten von Waffen." Diese Feststellung Mao Tsetungs hat der heroische Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus vollauf bestätigt.

Heute noch mehr als zur Zeit des antifaschistischen Krieges gegen die Hitlerbanden schließen sich die kleinen und mittleren Länder gegen die beiden Supermächte zusammen. **Ob in Afrika, Asien, Lateinamerika oder in Europa – nirgendwo mehr haben die beiden Supermächte auch nur eine Minute Ruhe vor dem Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit und dem Vormarsch der sozialistischen Revolution.**

Strafantrag aus Bonn...

...und sie sind doch korrupt!

Vor etwa drei Wochen wurde Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, vor den Ermittlungsrichter geladen. Gegen ihn und Genossen Ernst Aust, Vorsitzenden unserer Partei und früher verantwortlicher Redakteur des ROTEN MORGEN, wird ermittelt wegen § 90 b: ' Wer öffentlich...ein Gesetzgebungsorgan, die Regierung oder das Verfassungsgericht des Bundes oder eines der Länder oder eines ihrer Mitglieder in dieser Eigenschaft in einer das Ansehen des Staates gefährdenden Weise verunglimpft und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Die Tat wird nur mit Ermächtigung des betroffenen Verfassungsorganes oder Mitgliedes verfolgt."

Unter der Überschrift: "Bonner Parlamentarier - korrupt bis auf die Knochen" hatte der ROTE MORGEN 23/73 Stellung genommen zur Bestechung des früheren Abgeordneten Steiner. In diesem Artikel hieß es unter anderem: "Nicht das Gewissen der Abgeordneten hat beim Mißtrauensvotum entschieden, sondern die dicken Scheine des Kapitals... Klarer als je zuvor ist, daß in diesem Parlament nicht Vertreter des Volkes sitzen, sondern Huren des Kapitals". Daß der Abgeordnete Steiner sich seine Stimme für die Brandt-Regierung mit einigen Tausendern bezahlen ließ, das ist eine bekannte Tatsache. Daß SPD-Bonzen wie Wienand und Wehner dabei ihre Finger im Spiel hatten, daß Minister Ehmke mitmischte, das dürfte ebenfalls hinreichend bewiesen sein, wurde vom Bonner Untersuchungsausschuß allerdings vertuscht. Weder wurde der CDU-Abgeordnete Steiner wegen passiver Bestechung noch ein Regierungsmitglied wegen aktiver Bestechung verurteilt. Im Gegenteil! Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, geleitet von einem SPD-Mitglied, gab sich redlich Mühe, die Sache in die Länge zu ziehen und abzuwiegeln. Denn zweifellos schadet es der bürgerlichen Diktatur, wenn dem Volk so klar vor Augen geführt wird, daß seine "Vertreter" im Parlament keineswegs "nur Gott und ihrem Gewissen" verantwortlich sind, sondern käufliche Lakaien der Bourgeoisie.

Die Wahrheit zu verbreiten über die Korruption im Bundestag - das also heißt laut Gesetz, Abgeordnete oder die Regierung"verunglimpfen", das heißt, sich "absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik" einsetzen. "Pressefreiheit" dagegen heißt, schamlos zu lügen und den Mantel des Schweigens über diese Verbrechen zu decken.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 16. Juni 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Bonner Parlamentarier KORRUPT bis auf die Knochen!

TERROR GEGEN STREIKENDE ARBEITER

80 Arbeiter in Mannheim mit Gewalt abgeführt

Diese Wahrheit können sie nicht ertragen!

Nicht umsonst fühlt sich die Bourgeoisie durch diesen Artikel so tief getroffen. Denn die Bestechung Steiners zeigte, daß der Mißtrauensantrag gegen die Brandt-Regierung, die doch angeblich ein "Kampf um die Friedenspolitik mit dem Osten" sein sollte, nichts anderes war, als eine billige Schmierenkomödie. Klar hatte der ROTE MORGEN damals auch die Frage nach dem Frieden beantwortet: "Der Frieden ist nicht gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien, mit den alten Kanonenkönigen von Rhein und Ruhr zu erreichen. Er muß gegen sie erkämpft werden". Freilich - das alles richtet sich "gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland," denn es richtet sich gegen die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen.

Die Anzeigen gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert sind damit ein weiterer Versuch, Kommunisten und ihre Presse mundtot zu machen, kommunistische Agitation und Propaganda als "kriminell" zu verbieten. Kämpfen wir gegen diesen neuen Angriff auf den Kommunismus, auf unsere Partei!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

HÄNDE WEG VON ERNST AUST UND GERNOT SCHUBERT!

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!



Hamburg: Solidaritätsdemonstration für Ernst Aust

"Unbändiger Hass bestimmt ihr Handeln..."

Urteil im Haus Voss - Prozeß

Für ihren mutigen Einsatz gegen faschistisches Gesindel vor dem Dortmunder Haus Voß wurde vor einigen Wochen Genosse Wolfgang Christof Bartels zu 4 Monaten Gefängnis und Genossin Gisela Herzog zu 1.000 DM Geldstrafe verurteilt. Die Urteilsbegründung, die vor einigen Tagen eintraf, zeigt einmal mehr, was von "Urteilen im Namen des Volkes" zu halten ist.

Erst wird ausführlich dargelegt, daß den Angeklagten eigentlich nichts zu beweisen ist. Dann kommen die dicken Strafen nach. Das Gericht erklärt auch ausführlich, wieso: Weil beide Kommunisten sind: "Unbändiger Haß gegen das Ausbeutersystem bestimmt ihr Handeln... Sie schließen die Anwendung revolutionärer Gewalt nicht aus..." Daß die Strafe gegen Genossen Wolfgang Christof zur Bewährung ausgesetzt werden soll, gibt das Gericht eindeutig als Erpressungsversuch zu: "Das Gericht hält es für möglich, daß sich der Angeklagte unter dem Druck eines drohenden Widerrufes der Strafaussetzung in Zukunft in seiner politischen Tätigkeit etwas zurückhalten wird". Noch toller wird es bei der Begründung des Urteils gegen Genossin Gisela, die damals von Polizisten so brutal geschlagen wurde, daß sie Prellungen an der Wirbelsäule und einen Fingerbruch erlitt: 1.000 DM, so das Gericht, seien ja keine besonders hohe Strafe. Aber schließlich habe die Genossin ' bei der Auseinandersetzung mit der Polizei erhebliche körperliche Schäden davongetragen".

Zu deutsch: Der hat es die Polizei schon so gründlich besorgt, daß das Gericht nun auf "mildere" Strafe erkennen kann. Prügel, von losgelassenen Polizisten verteilt, gelten in Zukunft als ordentlich verhängte Strafen..."im Namen des Volkes".

Demonstriert für den Freispuch des Genossen Sascha!

Am 28.1.74 beginnt in München der Prozeß gegen den Genossen Sascha. Er ist angeklagt wegen "besonders schwerem Landfriedensbruch, schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchter Gefangenenbefreiung und unberechtigtem Führen von Waffen."

Mit dieser Anklage, die völlig aus der Luft gegriffen ist, will die Klassenjustiz Genossen Sascha nicht nur ins Gefängnis werfen, sondern gleichzeitig einen Vorwand liefern, um einen deutschen Kommunisten nach Persien auszuweisen. Denn Sascha ist Deutscher, auch wenn sein Vaetr Perser ist und er deshalb die persische Staatsangehörigkeit besitzt. Schließlich ist er hier geboren und aufgewachsen und spricht bayrisch wie jeder andere Münchner auch.

Der Prozeß beginnt um 8.30 Uhr, Ort: Parcellistr. 128.

Gegen diesen Angriff der Klassenjustiz ruft die KPD/ML für Samstag, den 26.1.74 zu einer Demonstration auf. Die Polizei verweigert bisher die Genehmigung weil Sascha Perser sei und von Frankfurt ja bekannt sei, wie deren Demonstrationen verlaufen...

Die Demonstration beginnt um 10 Uhr. Abmarsch: Sendlinger Torplatz.

Am Abend nach der Demonstration findet eine Veranstaltung der KPD/ML zum Prozeß gegen den Genossen Sascha statt. Beginn: 19 Uhr, "Rhaetenhaus".

Freispruch für den Genossen Sascha!

D'K'P leistet Ermittlungs dienste für die Polizei

Vor einigen Wochen wurde der D"K"P von Unbekannten die Parole "NSDKP" auf das Schaufenster ihres Büros in Heidenheim gemalt. Der D"K"P-Ortsvorsitzende H. Flizek, ein 20-jähriger Schüler, erstattete Anzeige gegen unbekannt und bemühte sich gleichzeitig eifrig, einem fortschrittlichen Jugendlichen die Sache anzuhängen. Der Jugendliche wurde mehr als zwei Stunden von der Polizei verhört. Im Verlauf des Verhörs mußte der Kripo-Beamte zugeben, daß Flizek behauptet hatte, der Jugendliche sei wahrscheinlich Mitglied der KPD/ML.

Aber die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Unterdrückungsapparat geht noch weiter! Als die D"K"P-Häuptlinge auf einer VVN-Versammlung auf ihre Denunziation angesprochen wurden, stritten sie das ab. Dabei kam aber heraus, daß sie persönliche Nachforschungen angestellt hatten, um zu "beweisen", daß die Farbe mit der in der Stadt Hammer, Sichel und Gewehr gemalt worden waren, diesselbe sei wie die Farbe an ihrem Schaufenster. Ein Foto von diesen gemalten Symbolen hatte der Kripo-Beamte aber auch dem Jugendlichen vorgelegt und ihn in diesem Zusammenhang über die KPD/ML ausgefragt.......

Diese "gute Zusammenarbeit" zwischen D"K"P und Polizei ist in Heidenheim nicht neu. Bereits vor zwei Jahren waren in der hiesigen DFU-Zeitung (damals waren viele D"K"Pler noch in der DFU), Genossen der ehemaligen GRFB mit vollem Namen denunziert worden.

Anmerkung: Man darf gespannt sein, wann die ersten D"K"Pler bei der politischen Polizei, Sonderabteilung Marxisten-Leninisten angestellt werden.

MÜNCHEN: PROZESS GEGEN ANTIMILITARISTEN

Gegen 14 Antimilitaristen, die nach dem Roten Antikriegstag 1972 die Zeitung "Soldatenfaust" vor bayerischen Kasernen verteilt hatten, wurde Anklage wegen "Wehrkraftzersetzung" erhoben. Anzeige erstattet wurde beim Amtsgericht Kempten. Aber das genügte der Bourgeoisie nicht! Sie gab die Ermittlungen weiter an das Landgericht I in München. Ermittelt wird, wie schon im Pohle-Prozeß, von Staatsanwalt Wahl, den die Klassenjustiz systematisch zum Experten in politischen Prozessen heranzieht.

BERUFUNGSPROZESS IN MÜNCHEN

Gegen Genossen Rainer J. beginnt am 5.2.74, 8.30 Uhr im Justizpalast der Berufungsprozeß. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und weil er einem Polizisten angeblich in den Finger gebissen hat - in Wirklichkeit haben Polizisten ihm das Nasenbein zerschlagen - wurde er vor fast einem Jahr zu 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Genosse Rainer hatte sich im Sommer 72 an einer Demonstration gegen die Bombardierung Vietnams beteiligt und war nachher verhaftet worden.

AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT

Zwei Genossen wurden in München zu je 1.000 DM Geldstrafe verurteilt, weil sie angeblich eine 60 m lange Parole "Es lebe der Kommunismus! Vorwärts mit der KPD/ML!" gemalt haben sollen. Noch ehe ein Zuschauer eintreten konnte, war der ganze Gerichtssaal mit Zivilpolizisten besetzt. Außer diesen Polizeispitzeln wurden keine Zuschauer mehr zugelassen.

Kampf der Klassenjustiz

HILDESHEIM: 8 MONATE BEWÄHRUNG FÜR MORD

Weil er ein Lokal nicht sofort bei der ersten Aufforderung eines Polizisten verlassen, sondern erst sein Bier austrinken wollte, wurde 1973 ein Jungarbeiter von diesem Polizisten aus 40 cm erschossen. Gericht und Staatsanwalt waren sich einig: Verminderte Zurechnungsfähigkeit des Mörders. Mit 8 Monaten auf Bewährung ging er praktisch straffrei aus.

Spendet für politisch Verfolgte!

Auf das Konto von:
Karin Sandmann, 46 Dortmund
Dresdner Bank AG,
46 Dortmund, Borsigplatz
Konto-Nr. 81 355 107

30. Januar 1933 - Machtergreifung" der Hitlerfaschisten.

TOD DEM FASCHISMUS! ES LEBE DER KOMMUNISMUS!

Am 30. Januar 1933 vollzogen die Hitlerfaschisten ihre "Machtergreifung" in Deutschland. Es begannen zwölf Jahre faschistischer Terrorherrschaft der deutschen Imperialisten.

In den Jahren davor war die deutsche Arbeiterbewegung immer stärker geworden. Die KPD, die Vorhut der Arbeiterklasse, hatte an Zahl und Kampfkraft zugenommen und erbitterte Klassenkämpfe, Streiks, Demonstrationen und andere Kampfaktionen, waren an der Tagesordnung. Während die Sowjetunion unter der Führung der KPdSU mit dem Genossen Stalin an der Spitze, erfolgreich beim Aufbau des Sozialismus voranschritt, wurde die gesamte kapitalistische Welt, von einer nie dagewesenen Krise erschüttert. Die Herrschaft der Imperialisten in aller Welt, auch der deutschen, wankte, während die kommunistische und Arbeiterbewegung unaufhörlich an Stärke zunahm.

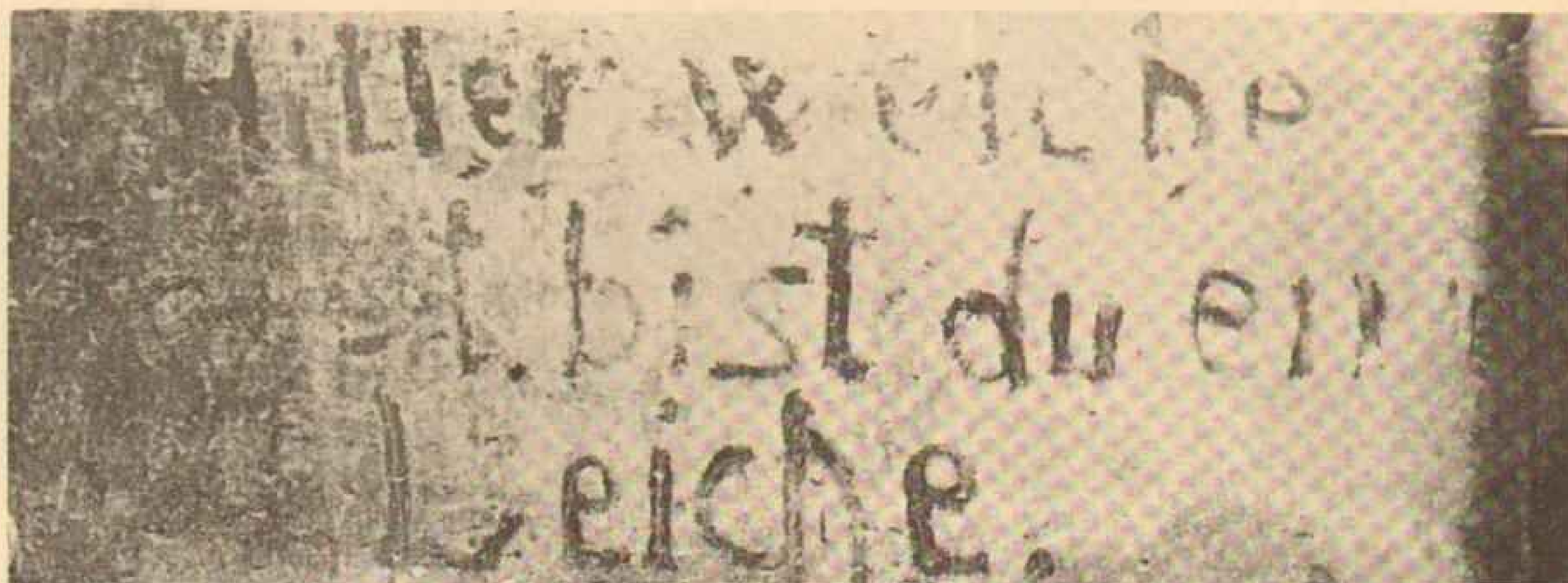
In dieser für sie verzweifelten Lage brachten die deutschen Imperialisten den Hitlerfaschismus an die Regierung. Ihr demokratisches Mäntelchen warfen sie fort, es hatte ausgedient. Der Faschismus war ihre letzte Rettung. Er sollte ihre angeschlagene Macht vor der Zerschlagung durch die proletarische Revolution bewahren und den imperialistischen Raubkrieg gegen die Völker der Welt ermöglichen.

Der ganze Haß der Hitlerfaschisten, dieser Henkersknechte des reaktionärsten Teils des deutschen Finanzkapitals, galt vor allem der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der KPD. **Im Auftrag der gleichen deutschen Imperialisten, die heute in der DBR alle Macht in den Händen halten (Krupp, Flick, Thyssen etc.), sperrten sie Hunderttausende von Kommunisten, Sozialisten und klassenbewußten Proletariern in ihre KZ's, brachten sie Zehntausende von Kommunisten um, ermordeten sie den Führer der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann.**

Ihr Haß galt ferner vor allem der sozialistischen Sowjetunion unter Stalin. Ihr sich ständig festigender Sozialismus war den Hitlerfaschisten ein Dorn im Auge, ihre stürmisch aufblühende Wirtschaft lockte zugleich als Beute. Mit ihrem Überfall auf die Sowjetunion hofften die Hitlerfaschisten, dieses Bollwerk des Friedens und des Sozialismus zu zerschlagen. **Im Großen Vaterländischen Krieg schlug das tapfere sowjetische Volk die faschistischen Räuber zurück und errang Seite an Seite mit allen gegen den Hitlerfaschismus kämpfenden Völkern den endgültigen Sieg über Hitlerdeutschland.**

Solange es Imperialismus gibt, besteht die Gefahr von Faschismus und Weltkrieg. Um den Faschismus wieder einzuführen, ist nicht unbedingt eine faschistische Partei mit "Führer" und "Gefolgschaft" nötig, er kann auch auf kaltem Wege eingeführt werden, über die ständige Verschärfung der Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates. **Deshalb ist der 30. Januar für uns eine Mahnung: nur der Sturz des Imperialismus durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse unter der Führung einer kampfstarken kommunistischen Partei kann die Gefahr von Faschismus und Weltkrieg beseitigen.**

NIE WIEDER FASCHISMUS - NIE WIEDER KRIEG - KAMPF FÜR DEN ARBEITERSTAAT BIS ZUM SIEG!



"Hitler weiche - sonst bist du eine Leiche!" – Im Dortmunder Vorort Schüren zeugen noch viele Parolen vom Kampf gegen den Hitlerfaschismus.

Rache für John Schehr und Genossen!

Am 2. Februar 1934 wurden die Genossen John Schehr, Rudolf Schwarz, Erich Steinfurt und Eugen Schönhaar von den Faschisten ermordet. Genosse John Schehr war Sekretär des ZK der KPD. Nach Thälmanns Verhaftung wurden unter seiner Anleitung die Reihen der KPD für den illegalen Kampf, für die Organisierung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ausgerichtet. Ihm galt deshalb der besondere Haß der Nazis. Monatelang jagte ihn die Gestapo. Genossen drängten ihn zur Abreise ins Ausland. Aber John Schehr verließ die illegale Arbeit nicht. Am 13. November 1933 wurde er auf seinem Kampfposten verhaftet. Die Nazis triumphierten. Sie glaubten, in John Schehr den Schlüssel zur illegalen KPD in der Hand zu haben. Monatelang wurde er grausam gefoltert. Aber John Schehr hielt seiner Partei und seiner Klasse die Treue. Keinen Namen seiner Genossen, kein illegales Quartier, keine Verbindung zum Ausland gab er preis...

Am 2. Februar 1934 meldete die faschistische Presse, daß vier Kommunisten "auf der Flucht erschossen" wurden.

Doch die Tatsache, daß sie den Genossen durch einen feigen Rükkenschuß niederstreckten, zeigt, wie sie den hervorragenden, zum Führer Hunderttausender gewordenen deutschen Proletarier, wie sie den Zorn der Arbeiterklasse der ganzen Welt fürchten. Sie werden diesem Zorn nicht entrinnen... Der Name John Schehr wird den Herzen aller Arbeiter der ganzen Welt teuer werden. Wenn er auch tot ist, so wird er doch in den Herzen aller Werktätigen weiterleben, die für die Sache der proletarischen Revolution kämpfen".

(Aus dem Nachruf der Kommunistischen Internationale auf Genossen John Schehr).

John Schehr und Genossen

Es geht durch die Nacht. Die Nacht ist kalt.
Der Fahrer bremst. Sie halten im Wald.
Zehn Mann geheime Staatspolizei.
Vier Kommunisten sitzen dabei,
John Scher und Genossen.

Der Transportführer sagt: "Kein Mensch zu sehn".
John Schehr fragt: "Warum bleiben wir stehn?"
Der Fahrer flüstert: "Die Sache geht glatt!"
Nun wissen sie, was es geschlagen hat,
John Schehr und Genossen

Sie sehn, wie die ihre Pistolen ziehn,
John Schehr fragt: ' Nicht wahr, jetzt müssen wir fliehn?"
Die Kerle lachen. "Na, wird es bald?
Runter vom Wagen und rein in den Wald,
John Schehr und Genossen!"

John Schehr sagt: "So habt ihr es immer gemacht!
So habt ihr Karl Liebknecht umgebracht!"
Der Führer brüllt: "Schmeißt die Bande raus!"
Und schweigend steigen die viere aus,
John Schehr und Genossen.

Sie schleppen sie in den dunklen Wald.
Und zwölfmal knallt es und widerhallt.
Da liegen sie mit erloschenem Blick,
Jeder drei Nahschüsse im Genick,
John Schehr und Genossen.

Der Wagen saust nach Berlin zurück.
Das Schauhaus quittiert: "Geliefert vier Stück".
Der Transportführer schreibt ins Lieferbuch:
"Vier Kommunistenführer, beim Fluchtversuch,
John Schehr und Genossen".

Dann begibt er sich in den Marmorsaal,
Zum General, der den Mord befahl.
Er stellt ihn, mitten im brausenden Ball.
"Zu Befehl Exzellenz! Erledigt der Fall
John Schehr und Genossen".

Erledigt der Fall? Bis zu einem Tag!
Da kracht seine Türe vom Kolbenschlag.
Er springt aus dem Bett. "Was wollt ihr von mir? "
"Komm mit, Exzellenz! Die Abrechnung für
John Schehr und Genossen!'

Erich Weinert - 1934

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH: ROTER MORGEN
PROBENUMMER
ABONNEMENT
AB NUMMER.........

Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Parteibüros

HAMBURG: Stresemannstr. 110

Kiel: Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762.

Bremen: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

Mannheim: Lortzingstr. 5,
Öffnungszeiten: Dienstag: 16.00 - 18.3o Uhr, Donnerstag:. 16.00 - 18.3o Uhr, Samstags: 9.00 - 13.00 Uhr.

München: 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19 Tel.: 089/77 51 79.
Öffnungszeiten: Mittwoch: 17.00 - 19.00 Uhr, Samstag: 9.00 - 14.00 Uhr.

Neue Anschrift

Redaktion Roter Morgen
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen über die Nummer:
0231 / 41 13 50.

Parteiveranstaltungen

KIEL: In Kiel findet am 1.2.74 eine Veranstaltung statt zu dem Thema: "Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa". Beginn: 19.00 Uhr, Hotel Reimer, Kiel-Elmschenhagen.

HAMBURG: Der Arbeitertreff in Hamburg steht am 1.2.74 unter dem Thema: "Warum kandidiert die KPD/ML bei den Bürgerschaftswahlen?" Beginn: 19.00 Uhr, "Zum Alten Sängerheim", Oelkersallee.